

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie dem Beilage „Unterhaltung und Wissen“.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierzeile 50 Pfennig, Reklamzeile 8.- Reichsmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 68, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 12. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Verständigung im Reichstag.

Besprechung der Regierung mit den Sozialdemokraten. — Entscheidung von Fall zu Fall.

Reichsminister Dr. Marx hatte gestern eine Besprechung mit den Führern der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratischen Vertreter haben sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, und zweifellos wird die Partei ihm zustimmen.

In einem Teil der Presse, der schon im Voraus von den Absichten des Kanzlers erfahren hatte, wird von einer „Arbeitsgemeinschaft“ und von einer „Stillen Koalition“ gesprochen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag in einer mehrstündigen Debatte mit der politischen Lage in ihrer Gesamtheit.

Die Aufgabe der Krisenfürsorge.

Was sie den Ausgesteuerten bringen muß.

Der Reichstag wird noch in dieser Woche das Gesetz über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose verabschieden.

regelung einer befriedigenden Fürsorge für die ausgesteuerten Erwerbslosen noch länger verzögert wird.

Die geplante Krisenfürsorge wird nicht den Rechtscharakter der Armenpflege haben, sondern die Rechtsgrundlagen der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge übernehmen.

Die Aufgabe der Krisenfürsorge kann jedoch nicht nur darin bestehen, den Ausgesteuerten die gleiche Rechtsbehandlung wie den übrigen Erwerbslosen zu gewährleisten.

Es ist weiter dafür zu sorgen, daß alle bereits Ausgesteuerten in die Krisenfürsorge übernommen werden mit Einschluß derjenigen, die zwar unterstützungsberechtigt im Sinne der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge waren, jedoch nicht hilfsbedürftig nach der gegenwärtigen Regelung sind.

Die Inanspruchnahme der Krisenfürsorge muß ohne Zurücklegung einer Wartzeit möglich sein; es ist auch auf besondere Bestimmungen über Prüfung der Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit zu verzichten.

Die Krisenfürsorge wird auch die Versorgung für den Krankheitsfall sicherstellen. Notwendig ist jedoch, daß recht bald für alle Erwerbslosen die Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Invaliden-, Angestellten- oder Knappschaftsversicherung gesetzlich gesichert wird.

Wendung im englischen Bergbaukampf.

Freie Hand auch in der Arbeitszeit.

London, 11. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Delegiertenversammlung der Bergarbeiter entschied am Donnerstag nach einer mehrstündigen Aussprache die Frage, ob die Exekutive der Bergarbeiter die für die Wiedereröffnung der Verhandlungen mit der Regierung nötige freie Hand erhalten solle.

Mit diesem Beschluß war der Weg für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Regierung frei und die Vertreter der Bergarbeiter begaben sich sofort zum Ministerpräsidenten, der ebenso wie seine Kollegen vom Kohlenkomitee für die nächsten Tage alle politischen Verpflichtungen außerhalb Londons abgelegt hat.

Bevorstehender Waffenstillstand?

London, 11. November. (W.B.) Der Volksgesandte ist mit Baldwin und Churchill im Unterhaus zu einer Besprechung zusammengetroffen.

Deutscher Protest in Warschau.

Gegen die Bestechung des Rattowitzer Konsulats.

W.B. meldet: Die in dem sogenannten Rattowitzer „Hochverratsprozess“ gegen Mitglieder des Deutschen Volksbundes in Offizieren des polnischen Spionagedienstes, wonach sie sich mit Hilfe verschiedener Angestellter aus dem Archiv des deutschen Generalkonsulats monatelang zahlreiche Schriftstücke angeeignet haben.

Der Sieg der griechischen Republik. Nach endgültigem Wahlergebnis erhielten die Republikaner 148 Sitze und die anderen Parteien 119.

Ein Fehlspruch.

Das Urteil von Landsberg. — Methode Rahrjustiz.

Im Landsberger Prozeß gegen Klapproth, Schulz und Hahn wurde am Donnerstag 3 Uhr 15 Minuten das Urteil verkündet.

Der Angeklagte Klapproth wird wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt.

Der Oberstaatsanwalt und der Nebenkläger werden Revision anmelden.

Das Landsberger Schwurgericht hat verurteilt. Es hat weder Klarheit geschaffen über den Komplex der Fememorde, noch hat es die Rolle der Angeklagten in den Einzelfällen überzeugend klargestellt.

Eine Parallele drängt sich gebieterisch auf. Im Jahre 1921 wurde in München ein Soldat Dobner, der im Verdacht stand, ein Waffenlager verraten zu wollen, in ein Auto gelockt.

Der Feldwebel Gädick, der Munitionsschiebung schuldig wird, wird von Klapproth, dem Mörder der Schwarzen Reichwehr-Feme, in das Fort Tschernow gelockt.

Die Parallele geht weiter. In jenen Jahren häuften sich in Bayern die Fememorde. Die Namen Sandmeyer, Dobner, Hartung und Gareis bezeichnen sie.

Der Oberleutnant Schulz, der Chef der Feme in der Schwarzen Reichwehr, ist in mehrere Fememordprozesse verwickelt. Die Untersuchung zeigt die Zusammenhänge.

Das Schwurgericht in Landsberg hat die Methode der bayerischen Gerichtsbarkeit zur Rahr-Zeit geübt.

Das Einschreiten des preussischen Justizministeriums in Landsberg zeigt, daß es die große Gefahr dieser Art von Rechtsprechung erkannt hat.

Die letzte Verhandlung in Landsberg war kein geordnetes Gerichtsverfahren mehr. Es war eine einzige unerhörte Drohung gegen den Nebenkläger und gegen alle Belastungszeugen, eine Hemmung der Beweisaufnahme und eine Freigabe demagogischer Agitation durch die Verteidiger der Angeklagten.

geklagten gemeine Soldaten waren, der letzte der Oberleutnant Schulz.

Man muß die Neuerungen des Vorsitzenden des Landesberger Schwurgerichts zusammenstellen. Im Mordprozeß Brauer hält er dem Angeklagten Kowalewski vor:

„Sie haben keine Schuld? Sie trinken mit Ihrem Kameraden Brauer, Sie sind mit ihm vergnügt und lustig, und dann töteten Sie es und sehen zu, wie dieser Mann in Ihrer Gegenwart ermordet wird. Schämten Sie sich, Sie sind ein ganz erbärmlicher Kerl. Bereuen Sie heute wenigstens, was Sie getan haben?“

Ueber Klapproth, der Gädike von hinten niederschlug, der mit ihm vor dem Gang ins Fort Tschernow Kognak trank, sagt er in der Urteilsbegründung:

„Hier steht Klapproth. Dieser ehrliche alte Soldat! Hat man denn in Deutschland gar kein Verständnis mehr für aufrechte Männer?“

Er zitiert einen Brief von Kowalewski, in dem es am Schluß heißt: „Das Vaterland! Herr, mach uns frei!“ und setzt hinzu:

„Aber nur, indem man die Leute von hinten ermordet!“

Und Klapproth? Klapproth, der Gädike meuchelmörderisch von hinten anfiel? Ueber den sagt er in der Urteilsbegründung:

„Was Wunder, daß in Klapproth, der viel für die Arbeitskommandos und für das Vaterland getan hat, die Empörung über diesen Menschen emporkam, daß er bei der ersten Gelegenheit den Verräter niederschlug, gleichgültig, was daraus wurde.“

Im Prozeß gegen Kowalewski verliest er einen Artikel aus der „Deutschen Post“ in Guatemala in dem es heißt:

„In Frankreich wäre ein solches Vorgehen des Gerichts undenkbar. Dort würde man Leuten, die Verräter an der heiligen Sache auch mit den schwersten Strofen belegen, den Vorbeertanz überreichen.“

Und er fügte hinzu:

„Herr Fahrbuch ist leider ausgerissen. Ihm können wir den Vorbeertanz nicht überreichen.“

Aber Klapproth, ja Klapproth ist da. Ihm überreicht er den Vorbeer: „Biel für das Vaterland getan.“ Die Abwesenden haben unrecht.

Und nun gar Schulz! Er spricht von ihm als von dem hochverdienten Krieger des Vaterlandes. Werturteil auf Werturteil für Schulz aus der Perspektive eines kleinen, in den Illusionen der Schwarzen-Reichswehr-Spielerei befangenen Gehirns. Man denkt an Ludendorff im Hitler-Prozeß: „Meine Herren, Sie sehen in mir Tannenberg.“ Dieselbe Methode, aber Ludendorff und Tannenberg, und Schulz und Klapproth!

Jedoch von hier aus erschließt sich das Verständnis für diesen Richter. Sein Geist ist dem Geiste des Schulz, dem Geiste des alten Militarismus nahe. Einem Zeugen sagt er:

„Sie haben als Gemeiner eine recht dreiste Sprache geführt. Mich wundert, daß Klapproth Sie nicht verhaften hat.“

Ein Richter, der sich zu solchem Ausbruch hinreißt läßt, zu solcher Willkür des Prügelgeistes, der soll objektiv über die vöthischen Schandtaten eines Klapproth urteilen? Er, der sagt: auch du Zeuge hättest in die Klauen von Klapproth gehört, — er würde gegen seine Ueberzeugung geurteilt haben, wenn er anders geurteilt hätte.

Aber gerade deshalb ist dies Urteil ein so unerhörter Fehlspruch. Der Richter wurde unvermutet Partei. Partei gegen den Nebenkläger und seinen Anwalt. Partei gegen die Belastungszeugen. Partei für Schulz.

Die öffentliche Verhandlung in Landsberg hat trotzdem genug erkennen lassen vom Femsystem in der Schwarzen Reichswehr. Darüber hinaus aber ein anderes: sie hat mit erschütternder Deutlichkeit die Anklage des Volkes bestätigt, daß die Rechtsprechung gegen die Anstifter der Femermorde verjagt.

Es darf dabei nicht bleiben. Es muß Klarheit geschaffen

werden. Führen die Richter nicht, welche Anklage gegen sie es in sich schließt, wenn parlamentarische Untersuchungsausschüsse das klären, was sie nicht klären wollten, und die Schuld jener aufdecken, die sie freisprachen? Wollen sie wirklich nichts aus dem Ergebnis der Femunterforschung in Bayern lernen?

Die Atmosphäre von Landsberg.

Die BS-Korrespondenz meldet aus Landsberg: In den letzten Tagen und auch noch im Laufe der gestrigen Verhandlung im Landsberger Gerichtsgebäude sind an die Adresse des Vertreters des Nebenklägers, Rechtsanwalt Dr. Löwenthal, zahlreiche Drohbriefe und auch offene Karten antisemitischen Inhalts eingelaufen. Auch der Nebenkläger Gädike, der zum Erstaunen des Gerichtes bekanntlich zu der gestrigen Verhandlung nicht mehr erschienen war, hat nach seinen Befundungen eine solche Anzahl von Drohbriefen erhalten, daß er es nicht gewagt habe, zur Schlußsitzung dieses Prozesses zu erscheinen. Gädike hat die Landsberger Polizei um Schutz für seine Person gebeten, da er nach dem Inhalt der anonymen Schreiben ernstlich besorgt war, angefallen zu werden. Er hatte übrigens schon vor der Verhandlung in seinem Heimatort ähnliche Briefe erhalten, in denen ihm prophezeit wurde, daß diese Reise nach Landsberg seine letzte sein werde.

Steuers Stäubung.

Die Möbel Scheidemanns in Kassel.

In einer kleinen Anfrage sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter wurde auf verschiedene Ausführungen des deutschen nationalen Landtagsabgeordneten Steuer Bezug genommen, in denen dieser dem Oberbürgermeister Scheidemann gegenüber den Vorwurf erhob, im Jahre 1920 als Kasseler Oberbürgermeister für seine Wohnung aus staatlichen Schließern Möbel künstlich erworben oder in Miete unter Bedingungen genommen zu haben, daß der preussische Staat geschädigt worden sei.

In der Antwort des preussischen Finanzministers wird die erste der an die Anfrage einzeln geknüpften Fragen, ob Scheidemann vom preussischen Staat Möbel gekauft oder gemietet habe, verneint; vielmehr hat der preussische Staat Verträge über Kauf und Miete von Möbeln mit dem Magistrat der Stadt Kassel abgeschlossen. Die Festsetzung der Preise ist nach Anweisung des Finanzministers auf Grund der Schätzung eines vereidigten Taxators in Kassel erfolgt. Die Spannung zwischen dem Friedenspreis und dem Handelswert 1920 ist halbiert und der sich ergebende Preis in Ansatz gebracht worden. In den Jahren 1919 und 1920 sind Verträge, wie sie der preussische Staat mit dem Kasseler Magistrat abgeschlossen hat, in der gleichen oder ähnlichen Weise auch in anderen Fällen abgeschlossen worden. Günstigere Bedingungen sind in den Verträgen mit dem Magistrat bzw. dem Vermieter hinsichtlich der Preise oder beim Mietvertrag bezüglich der Verpflichtung zur Unterhaltung und zum Ersatz der vermieteten Gegenstände im Vergleich zu anderen Fällen nicht eingeräumt worden.

Baldige Abberufung der Kontrollkommission?

Befriedigende Ergebnisse der neuesten Unterredung Briand-Hoche.

Paris, 11. November. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir zu der am Mittwoch mitgeteilten Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter in Paris und dem französischen Außenminister in Ergänzung der sehr lakonischen Mitteilung des amtlichen Kommunikations erfahren, läßt ihr Verlauf tatsächlich die Hoffnung auf ein baldiges Ende der interalliierten Militärkontrolle begründet erscheinen. Die gegenseitige Reibung eines Teils der Pariser Presse, wonach Briand sich außerordentlich ungehalten darüber gezeigt habe, daß Deutschland mit der Durchführung der von der Botschafterkonferenz gestellten Forderungen noch immer im Rückstand sei, dürfte völlig aus der Luft gegriffen sein.

Tatsache ist vielmehr, daß auf diesem Gebiete nur noch einige technische Einzelheiten von ganz geringfügiger Bedeutung zu regeln sind, nachdem die interalliierten Besprechungen gegen die Befugnisse des Generals Hege in einem Kompromiß ihre Erledigung gefunden haben.

Die einzige Frage, über die eine Einigkeit bisher nicht erzielt werden konnte, ist die der technischen Organisation der Kontrolle nach ihrem Uebergang auf den Völkerbund. Der Friedensvertrag gibt dem Völkerbund lediglich ein „Investigationsrecht“, auf Grund dessen dieser sich von Zeit zu Zeit über die Innehaltung der Abrüstungsbestimmungen durch Deutschland zu vergewissern hat. Frankreich verlangt statt dessen die Ausübung einer regelrechten und periodischen Kontrolle, sowie die Einsetzung einer permanenten Kommission des Völkerbundes für das linke Rheinufer, die seine im Friedensvertrag festgelegte Entmilitarisierung in ständiger Weise überwachen soll. Die Verhandlungen darüber dürften sich keineswegs auf die Regierungen in Paris und Berlin beschränken, und es ist anzunehmen, daß bei einigem guten Willen auch für diese Frage ein Kompromiß sehr bald gefunden werden kann.

Die vorstehenden Feststellungen unseres Pariser Korrespondenten werden von den Berliner amtlichen Stellen als vollinhaltlich richtig befähigt. Man hofft auch, daß die letzten Schwierigkeiten hinsichtlich der technischen Organisation der Kontrolle bald durch ein Kompromiß überwunden werden und die jetzt noch in Berlin weilende Militärkontrollkommission bald endgültig abgebaut wird.

Der Reichstag im Rundfunk!

Die „Berliner Funkstunde“ hat bei dem Reichstagspräsidenten beantragt, im Plenarsitzungslokal des Reichstages mehrere Mikrophone einbauen zu dürfen, um an die Rundfunkabonnenten täglich den Verlauf der Plenarsitzungen des Reichstages weiterzuleiten. Die Genehmigung dieses Antrages würde die Möglichkeit schaffen, täglich im ganzen Reiche den Gang der Reichstagsitzungen verfolgen zu können. In anderen Ländern besteht eine derartige Möglichkeit schon lange.

Um die Vermögenssteuer.

Hinausschiebung der Zahlungsfrist für Landwirte.

Der Steuerausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit einem deutschen nationalen Antrag, den Zahlungstermin der Vermögenssteuer vom 15. November, soweit die Landwirtschaft in Frage kommt, zu verschieben. Der Tatbestand, an den dieser Antrag anknüpft, ist folgender: Im Rechnungsjahr 1926 hat für die Vermögenssteuer bisher nur ein Zahlungstermin, der 15. August, bestanden. Für die Landwirtschaft aber galt auch dieser Termin nicht, da sie ihre Vermögenssteuer nur an zwei Terminen, dem 15. November und dem 15. Februar, zu entrichten hat. Diesen wenigen Zahlungsterminen entspricht das bisherige Auskommen der Vermögenssteuer von 125 Millionen M. Ursprünglich hoffte man, den Steuerpflichtigen die Bescheide zur Vermögenssteuer bis 10. November zustellen zu können. Das ist nicht ganz erfüllt, so daß für diejenigen Steuerpflichtigen, die ihren Bescheid noch nicht haben, die Steuer noch nach den alten Sätzen und Bewertungen zu entrichten wäre.

Die Reichsregierung erklärte sich bereit, durch eine Verordnung zu veranlassen, daß denjenigen landwirtschaftlichen Steuerpflichtigen, die bis Ende 1926 ihren Steuerbescheid erhalten, die Vermögenssteuerrate vom 15. November bis Ende des Jahres, und zwar ohne Verzugszuschläge und Verzugszinsen, gestundet wird. Die Sozialdemokratie erklärte sich mit dieser Regelung unter der Voraussetzung einverstanden, daß das garantierte Mindestauskommen der Vermögenssteuer im Rechnungsjahr 1926 von 400 Millionen M. durch diese Maßnahme nicht gefährdet werde und daß diese Anordnung nicht zu Verurteilungen anderer Kreise führe. Die Regierung sagte beides zu. Der deutsche nationale Antrag wurde dadurch für erledigt erklärt, ebenso ein kommunistischer Antrag, der für kleine und mittlere Landwirte, die Hochwasser- oder sonstige Schäden erlitten haben, den Erlaß der Vermögenssteuer forderte, da diese ohnehin kaum vermögenssteuerpflichtig sind.

Befühl und Mechanik.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Die Mechanisierung und Industrialisierung des deutschen Konzertlebens ist oft beklagt, oft geschildert worden. Jeder Tag führt weiter in der Vernichtung des allzu Ueberflüssigen, in der Konzentrierung auf Weniges, Notwendiges, Dauerhaftes. 100 Jahre Musik der Öffentlichkeit — seit Mendelssohn hat sich Kenntnis und Anerkennung der virtuellen Darstellung durchgesehen und müde gefaßt. An den gleichen Werken, fast in denselben Typisierungen nur alle 10 Jahre von einem einzelnen durchbrochen. Neue Musik aber verlangt keine spezifische Interpretation, erfährt oder überdient sie mindestens durch Sicherheit des Auges und der Hand. Die Mechanisierung wirkt sich weiter aus. Befestigung, Gefühl, Romantik, Schlagworte persönlichen Musikvortrags, werden abgestoßen. Hier greift die Industrie ein und versucht nun umgekehrt das Lebendige des Konzerts festzuhalten, aus dem Flüchtigen, leicht Vergessenen hinauszuführen zu einer selbständigen Wirkung. Die Sprechmaschine hat durch Vollenbung der Plattenindustrie einen großen kulturellen Fortschritt zu verzeichnen: mit Hilfe der Radiotechnik konstruiert die Elektrolagegesellschaft Platten, die mit einer außerordentlichen Präzision und Deutlichkeit auch das Gefühl des Persönlichen in der Wertwiedergabe auslösen. Man nimmt nicht, wie früher, musikalische Vorträge in kleinen, resonanzlosen Räumen auf, sondern in großen Sälen, und überträgt durch das Mikrophon erst den Gesamtklang auf die Platte. Man hört also sozusagen den gesamten Raum und alles, was von den Decken und Wänden her reflektiert wird, mit. Auch die Verfallsstärkung des Klangs ist dadurch eine vielfältigere geworden; nicht von einer einzigen Stelle her spricht Musik zu uns, sondern, wie es im Konzertbetrieb wirklich ist, von allen Seiten her. Dabei ist eine Deutlichkeit der Sprache erreicht, wie nie zuvor. Wir konnten das kontrollieren an meisterhaften Platten Glais und Fletas (eines in Deutschland noch unbekanntes Tenors), an Männerquartetten unter Rüdels Leitung und an Jazzopellen. Das Großartige aber zeigen die Chorplatten, die in der Alfred-Hall in London aufgenommen worden sind (Refflas). Die Fülle und Klarheit des Tons, die Soubretteit und Differenzierung der Instrumente, das Pompöse des chorischen Aufstiegs sind noch niemals derart schön und ohne Nebengeräusch auf Apparaten zu hören gewesen. Entwickelt sich diese Industrie weiter in dem bisherigen Geiste, so wird das Plattenkonzert langsam nicht nur Erfolg, sondern Steigerung des öffentlichen Konzertes.

Vorläufig hängt das Publikum am Konzert noch ganz am Gefühl der Musik. Daß dieser zum Wesen jeder Kunst gehört, kann gewiß nicht abgestritten werden. Und wenn man bei Furtwängler in einer den göttlichen Weisen der Es-Dur-Sinfonie Mozart genial nachstehenden Aufführung erhaben wird, so ist der Grund ja sicherlich in dem Melodischen, im Klängen und Singen

dieser Musik zu suchen. Daneben ist ein Wert von Philipp Jarnach sehr schlecht postiert. Wie könnte nach dem Frühlingsspiel Mozarts das „Morgenklangspiel“ von Jarnach noch wirken! Daß es so fühl aufgenommen wurde, ist eine Ungerechtigkeit gegen den sehr begabten Borsini-Schüler, der, ohne tief zu schürfen, doch mit heiligem Gefühl für Orchesterklang und einem noch stärkeren Empfinden für die Philharmonie ein sehr klares, durchsichtiges Gewebe von Stimmen und Stimmungen geschaffen hat. Eine gewisse Gefühlsasthetie macht wohl stutzig, doch kann diese Blässe nicht über die Anselte des Werks hinwegtäuschen. Strawinskis Feuerwerk, das nicht wärmt, sondern nur lodert, setzte das Programm fort, das in einer warmblütigen Interpretation des 2. Kloverkonzerts von Brahms (Arthur Schnabel) den Höhepunkt erreichte. Hier gingen Virtuosität und Gemeinschaftsgefühl bei Dirigent und Spieler so zusammen, daß der Wunsch nach einer letzten Vollenbung in Einheit Wirklichkeit wurde.

Erst Roters konzertiert vor einem überfüllten Saal. Ob diese rege Propaganda dem jungen Manne gut tut, muß bezweifelt werden. Der rege Beifall konnte ihn darüber täuschen, daß er in seiner Entwicklung stehen geblieben ist. Das Schönste des Abends waren die sechs Variationen und Fuge über ein Bretonisches Thema, die er flug selbst am Klavier ausdruckte. Großer Geschmack und zarte Phantasie zeichnen das Werk aus. Ein Trio von Violine, Violoncello und Sargophon wollte eine neue Klangkombination schaffen, die aber nicht über ein Experiment hinausdrang. Zum Romantiker geboren, vermischt hier Roters den ihm eigenen Stil mit Fremdem, Modischem. Das Resultat ist Verwirrung auf der ganzen Linie und selbst das Uffartige bekommt den Stempel der Affektiertheit aufgedrückt. Ein romantischer Abend bei Gieseking bedeutete wiederum Freude an der makedonischen Ausdehnungskunst, an der Lastenverleibtheit dieses größten Sängers unter den Pianisten. Bei Wilhelm Kempff, einem der Vielseitigsten der jüngeren Pianisten, erklang die chromatische Phantasie und Fuge von Bach zu ganz großem Leben. Das ist ein Baumeister größten Formats, dem das Nachzeichnen der Kontur wesentlich ist, und wesentlich gelingt. Bei Bruno und Olga Eisner sind wir wieder im Lande des glücklichsten Musikierens, des Schwärmens und Liebens. In Liedern von Schubert ergänzen sich diese beiden großen Künstler; es strahlt Musik aus jedem Ton und jeder ist erfüllt von innerer Begeisterung. Ganz gelöst in Technik und Musikalität gibt sich Gregor Platigorsky, der auf seinem Cello, etwas schwerfällig von Franz Osborn begleitet, dunklere Salonstücke von Gluck, Schubert, Tschakowsky spielte. Jascha Horenstein dirigierte am Sonntag nachmittag den Berliner Schubert-Chor. Der Saal war gestopft voll, ein Zeichen, wie schnell und stark sich Horenstein bei den Arbeitern in Gunst gesetzt hat. Der Chor singt mit starkem Ausdruck und spricht mustergültig, was bei den russischen Volksgejängen von Lebdwa und zwei anderen Volksgejängen besonders deutlich wurde. Horenstein selbst wächst ständig

mehr zu einem höchst suggestiven, in den Bewegungen sparsamen, innerlich konzentrierten, astetisch glühenden Kapellmeister.

Ueberall der gleiche innere Kontrast zwischen Gefühl und Formgebung, schließlich auch ein Hinwegdrängen von klassischen und romantischen Werken des 19. Jahrhunderts zur Musik des 17. Jahrhunderts, oder zu der an vorklassischer Kunst orientierten modernen. Ein Ausgleich wird kommen, und das Konzertleben wird sich zu gleicher Zeit zu verteidigen haben gegen die Fortschritte der mechanischen Musikindustrie.

Shaw Nobelpreissträger. Die Schwedische Akademie hat am Donnerstag dem englischen Schriftsteller Georges Bernard Shaw den vom vorigen Jahr reservierten Nobelpreis für Literatur verliehen. Gleichzeitig hat die Akademie beschlossen, über den Literaturpreis von 1926 erst im nächsten Jahr zu verfügen.

Shaw ist — zumal in Deutschland — zu bekannt, als daß diese Tat als etwas anderes denn als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden könnte. Immerhin war es für die konservativen Herren der schwedischen Akademie eine Tat. Denn Shaw ist auch in seinem dramatischen Werk ein leidenschaftlicher Künstler und Kämpfer für Anschauungen und Ideen, die nicht nur den Durchschnitts-Engländer sehr befremden. Er ist sogar Sozialist und nicht nur in seinen politischen Flugschriften. Man kann den Mitbegründer der „Fabian Society“ und den Dramatiker Shaw nicht gut voneinander trennen. Denn beide sind nur verschiedene Ausstrahlungen des einen und unteilbaren Menschen Shaw. Und dieser Shaw ist ein Rebell gegen alle Landläufigkeiten und Konventionen, ein Wahrheitsjäger und Bekenner.

Man muß also die Schwedische Akademie loben (und nur hinzufügen, daß man den Nobelpreis schon viel früher durch Shaw hätte ehren können). Wir wollen nicht hoffen, daß man Shaw nicht mehr für „gefährlich“ hält. Der Mut zur Wahrheit — auch in ironischer Form — ist immer gefährlich für alles Faule und Veraltete und vor allem für alle herrschenden Klasseninteressen. Rebel hat der Menschheit ein verbessertes Dynamit geschenkt, die leider einen sehr schlechten Gebrauch davon gemacht hat. Shaws Geist ist der Nobelschen Erfindung verwandt; auch er hat eine außerordentliche Sprengkraft. Aber er kann nur menschheitsfördernd wirken.

Das Ukrainische Institut in Berlin. In der Berliner Universität wurde das Ukrainische Wissenschaftliche Institut eröffnet. Sein Direktor, der ukrainische Kultur- und Literaturforscher, Prof. Doroschewo, behandelt in seiner Gründungsrede die bis ins 11. Jahrhundert zurückreichenden Beziehungen zwischen dem deutschen und dem ukrainischen Volk und dankte den deutschen Freunden, die bei der Begründung des Instituts mitgewirkt haben.

Die neue Oper von Strauß. Richard Strauß hat die Komposition einer neuen Oper beendet. Das Libretto stammt wiederum von Hugo von Hofmannsthal. Das Werk wird voraussichtlich zwei Akte umfassen und führt den Titel „Die ägyptische Helena“. Die Uraufführung wird voraussichtlich erst in den Feilen 1928/29 stattfinden.

Die Kunstausstellung Sagen, Potsdamer Str. 122a, veranstaltet zurzeit eine Ausstellung von Gemälden Berliner Künstler; die Ausstellung findet zugunsten der Hilfskassen des Wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler statt.

Otto Braun und das Berufsbeamtentum.

Das Ende einer Verleumdung.

Der preussische Ministerpräsident Genosse Otto Braun hat sich in einer Rede auf der Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes am 18. Oktober gegen das unverantwortliche Treiben reaktionärer Beamten gewandt und auf die Erbitterung hingewiesen, die hierdurch in weiten Kreisen der Bevölkerung ausgelöst worden ist. Er sagte dabei:

„Diese Stimmung, die durch einzelne reaktionäre Beamte in weiten Volksteilen ausgelöst worden ist, kann der Berufsbeamtenschaft zum Verhängnis werden. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, wenn im Verfolg derartiger eifriger Vorgänge, die die ganze Öffentlichkeit gegen einzelne Beamte aufbringen, einmal von einer Stelle der Antrag auf Volkssentscheid über Aufhebung des Berufsbeamtentums gestellt würde. Ich glaube nicht, daß ein solcher Volkssentscheid dann für die Beamten günstig ausfallen würde, um so mehr als bedeutende Wirtschaftskreise glauben, alle wirtschaftliche Not käme daher, daß wir zu viel Beamte haben und der Beamte alles auffrisst, was die Wirtschaft verdient und erarbeitet.“

Aus dieser wohlgemeinten Warnung haben verschiedene Presseorgane einen Angriff Brauns und der Sozialdemokratie auf das Berufsbeamtentum gemacht. So wagt u. a. die „Deutsche Postgewerkschaft“, das Organ des Christlichen Postbeamtenverbandes, der jetzt auch zum Deutschen Beamtenbund gehört, folgendes:

„Wenn der preussische Ministerpräsident sagte, daß er es nicht für ausgeschlossen halte, daß wegen nicht genügender Verfassungstreue von „reaktionären Beamten“ einmal von einer Stelle der Antrag auf Volkssentscheid über Aufhebung des Berufsbeamtentums gestellt werden würde, und daß ein solcher Volkssentscheid nach seiner Ansicht nicht günstig für die Beamten ausfiele, dann können wir darin nur den Niederschlag einer Grundstimmung erblicken, die eine solche Entscheidung nicht ungenau sehen würde.“

Und weiter:

„Wer ist imstande, darin etwas anderes als die Ankündigung zu erblicken, daß in einem von der Sozialdemokratie beherrschten Staate ein Berufsbeamtentum überflüssig ist?“

Zu dieser Verleumdung hat Genosse Braun in einem Brief vom 10. November an den Genossen Steinkopf Stellung genommen. Er sagt darin folgendes:

„Der Artikel — der „Deutschen Postgewerkschaft“ — enthält eine falsche und irreführende Auslegung meiner Ausführungen über das Berufsbeamtentum. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß eine gut ausgebildete, zuverlässige Berufsbeamtenschaft für den heutigen republikanischen Volksstaat noch wichtiger sei, als für den früheren Obrigkeitsstaat, und daß sowohl ich und meine Partei jederzeit für die Beibehaltung des Berufsbeamtentums in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung eingetreten sind. Ich habe aber weiter auf die Gefahren hingewiesen, die dem Berufsbeamtentum aus dem Ausstreuen einzelner reaktionärer Beamten und ganzer Beamtengruppen, wie durch rücksichtslose Vertretung einseitiger Beamteninteressen unter Nichtberücksichtigung der allgemeinen Volksnot erwachsen. Wenn die obgenannte Zeitschrift aus dieser Warnung eine Gegnerschaft gegen das Berufsbeamtentum herausliest, dann hat die Redaktion dieses Blattes mich entweder nicht verstanden, oder will zu durchsichtigen Zwecken mich nicht verstehen.“

Braun.

Wir glauben, daß damit einer Verleumdung, die gerade jetzt beginnt durch die bürgerliche Presse zu laufen, der Kopf zertrümmert ist.

Die Bartholomäusnacht.

Erschütternde Einzelheiten aus Genua und Mailand

Aus Chiasso wird uns berichtet:

Der Polizeichef von Genua, Alfonso de Silva, ist seines Amtes enthoben worden. Die Gründe für diese Absetzung müssen in dem strengen Befehl des Polizeichefs gesucht werden, das Haus des sozialistischen Abgeordneten Rossi zu bewachen und zu verteidigen. Nach einem heftigen Feuergefecht zwischen den Soldaten und den Faschisten ist der Polizeichef dazu gezwungen worden, der Zerstörung und Einschüchterung der Häuser der Abgeordneten Rossi und Canepa, des Direktors des „Lavoro“, seinen passiven Beistand zu verleihen. Der stellvertretende Generalsekretär der faschistischen Partei Gerardo Bonelli, aus Rom in Genua angekommen, um dort die Regierungsverhältnisse zu leiten, ebenso wie der frühere Schatzmeister der Partei Marinelli von dem Generalsekretär Turati zu demselben Zwecke nach Mailand entsandt worden ist, hat trotz der Erklärung des Belagerungszustandes durch den Präsidenten und trotz des Widerstandes des Polizeichefs auf der Ausführung seines Programms bestanden. Er forderte, daß die durch das Dazwischenstehen der Polizei vorübergehend unterbrochene „Staatsaktion“ mit der äußersten Strenge wieder aufgenommen würde. Zu diesem Zwecke wurden die Polizisten, die Soldaten und die Aufsichtsbeamten zurückgezogen. In der Hauptstraße der Stadt, der Via Roma, hoben faschistische Milizen eine Absperrung von mehreren hundert Metern Ausdehnung vorgenommen. Daraufhin stürzten die faschistischen Stoßtruppler zur Vollendung der tags zuvor unterbrochenen Zerstörung des Hauses Rossi in dieses hinein und warfen alles, was die Wohnung enthielt: Möbel, Bilder, Kücheneinrichtung usw., auf die Straße. Auf die so entstandenen Trümmerschuttungen gingen die Faschisten los, steckten das Ganze in Brand und verließen dann die Stätte ihres traurigen Tuns. Als sie aber kurz hinterher wahrnahmen, daß die Feuerwehr diesen Brand zu löschen begann, stürzten sie wieder zurück, vertrieben die Löschmannschaften und begossen die Möbel aufs neue mit Benzin. Ein dichter Zuschauerkreis war von ferne Zeuge dieses abstoßenden Schauspieles. Danach wurden die Wohnungen des Abgeordneten Canepa, des bekannten Journalisten Giovanni Ansaldo und anderer Oppositionsmitglieder zerstört.

Viele der von dem faschistischen Gesindel Gesuchten haben sich zur rechten Zeit in Sicherheit bringen können. Mailand ist heute das Heerlager unzähliger Flüchtlinge aus dem nördlichen Italien. Die beiden Krankenhäuser von Genua sind mit Verwundeten überfüllt, die Verwundeten sind bis unter das Dach mit verhafteten friedlichen Bürgern besetzt. In Mailand zählt man gegenwärtig mehr als 800 Verwundete. Zwei Redakteure, Scolarini vom „Avanti“, der auch als Karikaturist bekannt ist, und Bonetti von der kommunistischen „Unità“, wurden mit Knütteln derart mißhandelt, daß sie sich in bedenklichem Zustande befinden. Vor der Galerie in Mailand schrie der faschistische Janhagel bis zur völligen Heiserkeit: „Nach Paris! Nach Paris!“ In Rom werden täglich die Massenverhaftungen fortgesetzt. In den hohen faschistischen Kreisen hat man Grund zur Furcht und zur Wut; man glaubt nämlich zu der Annahme berechtigt zu sein, daß der Plan zum letzten Akt im Schoße der faschistischen Partei selbst ausgeführt werden wird.

Die aufgelösten Putschbünde.

Denkschrift des Innenministeriums. — Antwort an den Staatsgerichtshof.

Die seit einigen Tagen angekündigte Denkschrift des preussischen Innenministers über den „Bund Wiking“ und den „Sportverein Olympia“ ist gestern dem Preussischen Landtag zugegangen. Die Denkschrift ist ein dickes Buch; sie umfaßt nicht weniger als 40 Seiten zusammenfassende Darlegungen und weitere 147 Druckseiten altentworfene Anlagen. Aus der Fülle des Materials können hier zunächst nur einige Stichproben wiedergegeben werden.

Nach der Denkschrift ist der Bund Wiking am 2. Mai 1923 in Rüggen gegründet und dort in das Vereinsregister eingetragen worden. Führer des Bundes ist der Putschkapitän Ehrhardt. Solange er sich verborgen hielt, das heißt bis Ende 1923, waren Kapitänleutnant a. D. Kautter und später ein Major Wahl Leiter des Bundes. Dieser „Bund Wiking“ ist nichts anderes als die

geheime Fortsetzung der Marinebrigade Ehrhardt.

die im Frühjahr nach dem Kapp-Putsch aufgelöst war und später als „Organisation Consul (O.C.)“ neu gegründet wurde. Nach außen hin sucht der Bund das zwar abzuleugnen, aber in vertraulichen Rundschreiben von Bundesführern und Bezirksleitern wird daraus gar kein Hehl gemacht. In Mecklenburg führt der Wikingbund noch heute den Namen „Brigade Ehrhardt“.

Im Februar 1924 beschlagnahmte die Polizei in Hamm umfangreiches Material, das den Beweis für die militärische Gliederung, Schulung und Ausrüstung des Wikingbundes lieferte. Bei der Gelegenheit wurden auch Materialien gefunden, aus denen unzweifelhaft hervorging, daß der Bund als letztes Ziel den

gewalttätigen Umsturz der republikanischen Verfassung

vorbereitete. Zu diesem Zweck hatte er bewaffnete Ortsgruppen gegründet und auch Waffenlager systematisch im Reichsgebiet verteilt. Ein in Hamm gefundenes Rundschreiben der Gruppe II des Bundes saß die Pläne der Organisation dahin zusammen:

„Der Bund Wiking ist revolutionär. Unbedingte Tatgedanke und der Wille zur Macht lebendig erhalten werden. Unser Ziel bleibt das selbe: Beseitigung der Weimarer Verfassung und des Versailles-Vertrages und Schaffung eines freien völkischen Staatswesens. Wir lachen all derer, die Putsche und Verschwörungen anstellen, und all derer, die Putsche und Verschwörungen verfolgen; denn wir sind anderer Stände, der Stunde der nationalen Revolution, gewiß, die kommen wird, weil sie das Natürliche ist.“

Das in Hamm vorgefundene Befehlsmaterial hat schon den General Seck als damaligen Inhaber der vorkrieglichen Gewalt während des militärischen Ausnahmezustandes veranlaßt, den Bund für das gesamte Reichsgebiet aufzulösen. Auch der Oberreichsanwalt hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das jedoch solange sich hinflechete, bis auf Grund der Hindenburg-Kinette der „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik“ das Verfahren auch dem Buchstaben nach einstellte.

In einer ausdrücklichen als „geheim“ und „nicht für die Öffentlichkeit bestimmt“ erklärten Dienstweisung, die der Bezirksleiter des Bundes für Westdeutschland, v. Fichte in Kassel, herausgab, und in der ausdrücklich hervorgehoben wird, daß sie „auf Grund der von der Bundesleitung herausgegebenen Richtlinien und Befehle“ zusammengestellt sei, wird

strenge Geheimhaltung allen Führern zur unbedingten Pflicht

gemacht, da „sie Abhandlungen enthält, deren Bekanntwerden den Bund in seinem Bestand gefährden kann“. In dem Kapitel „Ziele und Aufgaben des Bundes“ heißt es unter anderem:

„Wir wollen eine auserlesene Schar sein, eine schlagkräftige Waffe in der Hand des Führers... Wir Wikingern wollen überzeugte Vorkämpfer der völkischen Idee sein, innerlich reif und reiflos erfüllt von dem Sinn und Inhalt des Wikingertums, gleichzeitig fähig, bereit als gute Soldaten unserem Führer die Möglichkeit zur Durchführung seiner Ideen zu geben... Die Zugehörigkeit zu unserem Bunde im Sinne dieser Kampf- und Lebensgemeinschaft ist eine heilige Verpflichtung, die nur durch den Tod gelöst werden kann.“

Ganz ähnliche Gedankengänge wie in dieser Dienstweisung aus Kassel sind auch in Schriftstücken enthalten, die bei Mitgliedern des Bundes in Breslau gefunden wurden. In einer „Belletristik zur praktischen Führerausbildung“ vom Herbst 1925 erteilt der Kasseler Bezirksleiter v. Fichte den ihm nachgeordneten Führern des Bundes folgende Weisung:

„Wer auf den alten Kriegskentnissen stehen bleibt, wird uns Wikingern nie ein Führer sein, wenn es gilt, die Truppe im modernen Gefecht wirklich zu führen... Es ist also eine Kameradschaftspflicht, daß diejenigen Wikingern, die Führer sein sollen, sich auch ernstlich mit den Aufgaben des Führers beschäftigen. Dazu gehört in erster Linie die Kenntnis der Waffen und ihrer Verwendung. Was liegt uns Wikingern bei den Aufgaben, die unserer harren, wohl näher als das Studium des Nahkampfes, die schönsten aller Kampfesarten! Wir müssen Männer heranbilden, die das handgemachte Meßwerk, also infanteristische Arbeit leisten können.“

Urteilsbegründung in Landsberg.

(Urteil siehe 1. Seite.)

In der Urteilsbegründung heißt es: Die Ereignisse der Vergangenheit sind in dieser Schwurgerichtsperiode in vier Hemeprojekten an uns vorübergezogen. Für das Gericht bestand die große Schwierigkeit darin, die Ereignisse aus einer Atmosphäre herauszunehmen, in die sie durch äußere Beeinflussung hineingetragen waren. Was von der Presse zu halten ist, haben wir in diesen Tagen erlebt. (Der Vorsitzende spricht mit erhobener, nervös zitternder Stimme.) In diesen Tagen, in denen der Vorsitzende an einem Tage über den grünen Alee gelobt wurde, während man am anderen Tage die Hilfe des Justizministers in Anspruch nahm.

Was ist nun vorgefallen? Ein ehemaliger Feldwebel namens Gädicke hat um schönen Gewinn willen ihm anvertraute Munition an die verschoben, die seiner Einstellung nach seine Feinde waren, und er hat die verraten, denen er Treue gelobt hat. Ein verächtlicher Mensch! Was Wunder, daß in Klapproth, der viel für die Arbeitskommandos und für das Vaterland getan hat, die Empörung über diesen Menschen emporstieg, daß er bei der nächsten Gelegenheit den Verräter niedererschlug, gleichgültig, was daraus wurde.

Oberleutnant Schulz soll ihn dazu angestiftet haben. Das Gericht hat eine ganze Anzahl von Zeugen hierzu vernommen. Auch diejenigen, die im Bureau des Schulz beschäftigt gewesen sind, haben nach dieser Richtung hin keine belastenden Aussagen machen können.

Der Bund betreibt offen die militärische Ausbildung seiner Mitglieder, verwendet dabei Bezeichnungen aus der früheren Armee (Gesetter, Unteroffizier, Wieselweibel usw.), es wird Urlaubssperre verhängt, Parole und Lösungswort periodisch bestimmt. Bei der militärischen Ausbildung wird die „Ausbildungsvorschrift für Infanterie, Teil II“ und das Buch „Der Infanterist“ von Hauptmann Hube zugrunde gelegt. Der Bund vermehrt sich feilscht dagegen, „oberflächlichen soldatischen Firnis“ zur Schau zu tragen oder nur „militärische Spielerei“ zu treiben. Er bezeichnet sich vielmehr selbst immer wieder als militärischen Verband, der gute Soldaten herausbilden will. „Unbedingter Gehorsam ist erstes Gebot, Treue zum Führer oberstes Gebot.“ So heißt es in einer Wiking-Erklärung vom September 1925 in der Sonderbeilage des „Stahlhelm“.

In Breslau ist der Polizei auch die

Auweisung für den Jungwiking

in die Hände gefallen. Danach wird der Jungwiking, der in den Jungwiking aufgenommen wird, mit folgender Formel verpflichtet:

„Sie sind mit dem heutigen Tage in den „Jungwiking“ aufgenommen. Sie verpflichten sich freiwillig zu unbedingtem Gehorsam gegenüber Ihren Führern, zu regelmäßiger Teilnahme an allen Veranstaltungen des Bundes, zu treuer Kameradschaft gegenüber allen Knappen, und Verschwiegenheit über alle Sachen, die den Bund betreffen.“

Die besondere Bedeutung dieser Verpflichtung soll sich, wie es in den Anweisungen weiter heißt, auch in ihrer äußeren Handhabung dem Jungwikingmann (Knappen) einprägen. Sie soll daher „zweckmäßig bei Nacht stattfinden unter Verwendung von Fackeln“. Diese Verpflichtung zur Verschwiegenheit gilt auch weiter, wenn der junge Mann aus dem Wikingbund ausgetreten ist!

Die Knappen vom „Jungwiking“ werden auch unterrichtet. Worin? Nach Ziffer 103 dieser Jungwikingregel kommen als wichtigste Unterrichtsstoffe in Frage:

„Waffengattungen, ihre Verwendung, Gewehr 98, seine Leistung und Behandlung, Handgranaten und ihre Verwendung, Maschinengewehr als Infanteriewaffe, Schießlehre in den Grundbegriffen, Das Wesen des modernen Gefechts, Flieger, Land, Gaststempel und ihre Abwehr.“

Zweifellos sind diese Gegenstände zum Unterricht vor Junglingen besonders geeignet, die Achtung vor der bestehenden republikanischen Verfassung und vor den Befehlen der Republik zu steigern!

Offenherzig sind die Herrschaften aber nur, wenn sie vertraulich miteinander verkehren. So sagt der Wermollführer Klippe in Halle in einem Brief vom 24. September 1925 an den Wikingführer v. Sodenstern, Berlin — im Nebenamt Redakteur der „Deutschen Zeitung“ — das gemeinsame Ziel sei die Schaffung einer so starken Herrschaft der Verbände, „daß es uns

möglich ist, national feindsicheren Regierungen stellen die Faust an die Gurgel zu legen, aber doch nur dann, wenn wir in der Lage sind, auch durchzudringen.“

Ganz ähnlich wie der Bund Wiking betätigt sich der unter Führung von Oberst v. Luck stehende

Verein „Olympia“.

der mit dem Bund Wiking eine engere Arbeitsgemeinschaft eingegangen ist.

Auf Grund des Materials, das ihm vorlag, hat der Innenminister beide Vereinigungen verboten und dieses Verbot auf das Republikenschutzgesetz gestützt, weil ganz ohne Zweifel die Verbände sich als Geheimbünde mit staatsfeindlichen Zielen darstellen. Außerdem aber bilden sie militärische Verbände mit militärischen Übungen, die das Gesetz zur Ausführung des Friedensvertrages verbietet. Deshalb sind sie aufgelöst im Sinne dieses letzteren Gesetzes. Wegen des ursprünglichen Verbotes haben sie den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik als Beschwerdeinstanz angerufen, und dieser hat als Dreimännerkollegium das Verbot aufgehoben und in der Begründung sich bemüht, alle belastenden Umstände möglichst harmlos auszuliegen. Da das Dreimännerkollegium aber in eiligen Fällen zu entscheiden hat, eine Beschwerde aber, die im Mai eingeleitet und im Oktober entschieden wird, nicht mehr als ein „eiliger“ Fall anzusehen ist, hat der Minister des Innern auch noch die Entscheidung des Gesamtenats des Staatsgerichtshofs angerufen. Praktisch bleibt die Entscheidung des Staatsgerichtshofs ohne Einfluß, da die Auflösung der Verbände auf Grund des Friedensvertrages erfolgte und gegen diese Verfügung ein Rechtsmittel nicht zulässig ist.

Das Gericht hat alle Anträge geprüft, auch die des Herrn Oberstaatsanwalts redivivus Ebenthal. Es hat sich auch durch seine leichtgestellten Anträge nicht davon überzeugen können, daß etwas Neues hierzu betundet werden könnte.

Belastend bleibt das Gespräch zwischen Oberleutnant Schulz und Leutnant Hahn, das dieser bei seiner ersten Vernehmung dem Untersuchungsrichter mitgeteilt hat, in einer Zeit, als er von Sorgen um seine Frau und sein Geschäft erfüllt war. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich Hahn damals in einer Erregung befunden hat, in der er für seine Worte nicht voll einstehen konnte. Niemals aber kann man aus diesen Mitteilungen des Angeklagten Hahn folgern, daß Schulz ihn angestiftet hat.

Hier steht Klapproth. In einer anderen Sache ist er zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er konnte ein Todesurteil erwarten. Dieser ehrliche alte Soldat! Ist nicht anzunehmen, daß, wenn die Dinge so gelaufen wären, wie immer behauptet wurde, Klapproth sich gesagt hätte: „Wenn ich für meinen Offizier einträte, so kann er auch für mich eintrreten!“ Hat man denn in Deutschland gar kein Verständnis mehr für aufrechte Männer? Klapproth hat mit seiner Silbe gesagt, daß er von Schulz zu irgendeiner Tat angestiftet worden sei.

Es bleibt schließlich also nur übrig die Tat des Angeklagten Klapproth, eines um das Vaterland verdienten Mannes, gegen den Gädicke, dessen Charakter ich schon gezeichnet habe. Schulden ist Klapproth einer das Leben des anderen gefährdenden Handlung, denn das wissen wir aus anderen Sachen, daß Klapproth nicht gerade sanft zupackte.“

Lohn und Unterstützung.

Das Verhältnis in der Erwerbslosenfürsorge.

Ueber das Verhältnis der Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge zum letzten Lohn der Hauptunterstützungsempfänger sind von der Reichsarbeitsverwaltung im Rahmen der statistischen Erhebungen vom 2. Juli eine Reihe von Berechnungen vorgenommen worden, deren Hauptergebnisse jetzt vorliegen und in der nächsten Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlicht werden.

Führt man die Einzelergebnisse der größeren Gruppen zusammen, dann zeigt sich folgendes Bild: Bei 505 640 oder 31,72 Proz. Hauptunterstützungsempfängern betrug die Unterstützung bis zu 30 Prozent des Normalbruttoverdienstes. Bei 981 296 oder 61,55 Proz. betrug sie über 30 bis 70 Proz., bei 82 298 oder 3,90 Proz. über 70 bis 90 Proz., und nur bei 45 156 oder 2,83 Proz. ging die Unterstützung über 90 Proz. des Normalbruttoverdienstes hinaus.

Es ist zu berücksichtigen, wie in der amtlichen Feststellung hervorgehoben wird, daß der Bruttolohn zum Vergleich herangezogen ist. Der Nettolohn, der nach Abzug der Lohnsteuer, der Beiträge zur Kranken- und Invaliden- oder Angestelltenversicherung und zur Erwerbslosenfürsorge ausbezahlt wird, ist durchschnittlich mit etwa 10 Proz. niedriger anzunehmen. Nach den Berechnungen würden also 31,72 Proz. der Hauptunterstützungsempfänger sehr tief unter ihren letzten Löhnen liegen. Etwa zwei Drittel der Hauptunterstützungsempfänger (61,55 Proz.) erhalten Bruchteile ihres letzten Lohnes, wie sie ungefähr der Arbeitslosenversicherungspflicht vorsteht. Rund 60 000 Hauptunterstützungsempfänger (3,90 Proz.) kommen nahe an ihren Lohn heran und 45 000 (2,83 Proz.) überschneiden ihren Lohn. Bei der Erhebung ist der Lohnausfall bei Kurzarbeit außer Betracht geblieben. Man müsse also befürchten, daß die tatsächlichen Löhne durch die Unterstützung noch häufiger überschritten werden als die Erhebung ergebe.

Nach der Auffassung der Reichsarbeitsverwaltung zeigt die Uebersicht, daß in der untersten Lohnklasse (bis 12 M. nach dem Lohnklassenschema) für etwa die Hälfte der Unterstützten die Unterstützung höher ist als der Lohn. In den folgenden vier Lohnklassen (12 bis 36 M.) erhielten etwa drei Viertel der Unterstützten 30 bis 70 Proz. ihres Lohnes. In der obersten Lohnklasse liegt die Mehrheit der Unterstützten über 30 Proz. des Lohnes. Die Schwächen der gegenwärtigen Unterstützungsart lagen also in der niedrigsten und der höchsten Lohnklasse.

Die Lohnüberschneidungen, die, wie man sieht, auch bei der Berücksichtigung der neuen Erhöhung der Sätze an Zahl nicht sonderlich ins Gewicht fallen, sind, was in der Arbeiterpresse schon tausendmal hervorgehoben wurde, nur deshalb möglich, weil menschenunwürdige Löhne gezahlt werden. Wenn die oberen Lohnklassen besser berücksichtigt werden sollen, so darf das unter keinen Umständen eine Schlechterstellung der unteren Lohnklassen zur Folge haben. Die Arbeitslosen der oberen und der unteren Lohnklassen haben ein Recht zu leben.

Notgesetz und Ueberschichten.

Besprechung zwischen Reichsregierung und Gewerkschaften.

Die Besprechung zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaften über die Arbeitszeitfrage findet am Sonnabend, vormittags 11 Uhr, statt. Im Vorder-

grund der Beratungen wird die Frage des Notgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages zur Beseitigung des Ueberschichtens unweilens stehen.

Forderungen der Reichs- und Staatsarbeiter. Pensionskasse, Arbeitszeit und Löhne.

In einer gutbesuchten Versammlung der Reichs- und Staatsarbeiter am Mittwoch referierte Schmidt vom Deutschen Verkehrsband über den Kampf um die Errichtung der Pensionskasse und über Lohnfragen der Reichs- und Staatsarbeiter. Eine Entschlieung fand Annahme, in der es heißt:

Die versammelten Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe nehmen davon Kenntnis, daß durch die Bemühungen der Gewerkschaften die Widerstände einiger Länderregierungen gegen die Errichtung einer Rentenzusicherungskasse endlich beseitigt worden sind. Sie erwarten nunmehr, daß die Verhandlungen über eine eventuelle Angliederung an die Versorgungsanstalt der Deutschen Reichspost oder über die Errichtung einer selbständigen Kasse mit Beihilfen aufgenommen und zu Ende geführt werden. Für den Fall, daß eine selbständige Kasse errichtet wird, dürfen die Leistungen nicht hinter denen der Versorgungsanstalt der Deutschen Reichspost zurückbleiben.

Ferner beauftragt die Versammelten die Organisation, ihre Bemühungen um Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit fortzusetzen. Sie erbitten in der gegenwärtigen Krise eine Inlandabfertigung, die nur erhoben werden kann durch Erhöhung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung.

Ferner erwarten die Versammelten, daß bei dem Erlaß eines Notgesetzes zur Abänderung der jetzt geltenden Arbeitszeitbestimmungen auch für die Reichsarbeiter der Achtstundentag wieder eingeführt wird.

Friedrich Himpel

Am 10. November verstarb nach einem kurzen, aber schweren Krankenlager, auf das ihn eine doppelte Augenentzündung warf, der Genosse Friedrich Himpel. Besonders hart trifft dieser Verlust den Deutschen Verkehrsband, dessen Mitbegründer, Vorstandsmitglied und langjähriger Leiter seiner Lohnbewegungsabteilung der Verstorbene war. Die Umsicht und Klugheit, mit der er dies schwierige Amt verwaltete, und die unbedingte Hingabe seiner ganzen Person an die ihm gestellten Aufgaben machen die Lücke, die sein Tod im Vorstande des Deutschen Verkehrsbandes aufreißt, um so schmerzlicher.

Als ganz junger Mensch, noch unter dem Sozialistengesetz, kam Himpel zur Arbeiterbewegung und wurde Mitglied der verfolgten Partei. Am 1. Juli 1890 trat er in Hamburg dem Fabrikarbeiterverbande bei. Am 1. Januar 1892 vollzog er seinen Uebertritt zu dem damaligen Verein der Handelshilfsarbeiter, einem Vorläufer des heutigen Deutschen Verkehrsbandes. 1897 wurde er Geschäftsführer der Hamburger Mitgliedschaft der genannten Organisation, wobei er nebenher noch die Arbeiten eines Gauleiters für Schleswig-Holstein und Mecklenburg versah. Aber schon im Jahre 1905 wurde er in den Verbandsvorstand nach Berlin berufen, um dann an dieser Stelle die ganzen Jahre hindurch bis zu seinem Tode die Wirtschaftskämpfe des Verbandes erfolgreich zu leiten.

Friedrich Himpel war nicht nur Gewerkschaftler. Sein Leben und seine Arbeit gehörten zu einem großen Teile auch der Genossenschaftsbewegung. Eifrig wirkte er in seinen jungen Jahren für die Ausbreitung der Hamburger „Produktion“, deren Mitbegründer er war. Viel haben ihm die Genossenschaftsarbeiter zu danken, deren Interessensvertretung er im Laufe der Jahre zu seinem Spezialgebiet machte.

Als Sozialdemokrat wirkte er seit 1910 in der Roudorfer Gemeindevertretung, später als Bezirksverordneter des 17. Verwaltungsbereichs. Mögen sich die Jungen ein Vorbild daran nehmen.

Als die reaktionären Umtriebe gegen die Republik die Gründung des Reichsbanners als Gegenwehr notwendig machten, war der damals Sechzigjährige sofort bereit, der Schutzwehr der Republik beizutreten und ihr mit Begeisterung zu dienen. Bei der Kleinarbeit für die Partei und die gesamte Arbeiterbewegung, ebenso wie in großen Dingen konnte man auf Friedrich Himpel immer zählen.

Was er in stiller und selbstloser Weise für die Arbeiterbewegung in den Jahrzehnten seines arbeitsreichen Lebens geleistet hat, windet ihm einen unvergänglichen Immortellenkranz.

Bertagung des englischen Anti-Gewerkschaftsgesetzes.

London, 11. November. (Eigener Drahtbericht.) Der konservative Abgeordnete Fogtsoff interpellierte am Donnerstag im Unterhaus die Regierung wegen der Verzögerung des geplanten Gesetzes, durch das die rechtliche Stellung der Gewerkschaften eingeschränkt werden soll. Der Sprecher der Regierung erklärte, daß dieser Gesetzentwurf von der Regierung in der nächsten Session des Unterhauses, die im Februar beginnen wird, eingebracht werden soll.

Lohnerhöhung in der Aachener Textilindustrie. Um mehr als zehn Prozent.

In der Aachener Textilindustrie ist in einem neuen Schiedsspruch für Weber und Weberinnen ein Stundenlohn von 59 Pf. gegen bisher 52,5 Pf. festgesetzt worden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben dem Schiedsspruch zugestimmt. Eine Ausperrung wird damit vermieden.

Bergarbeiterzulagen in Frankreich.

Paris, 11. November. (M.T.B.) In einer Sitzung der Vertreter der Bergarbeiter und Bergwerksbesitzer der Departements Nord und Pas de Calais wurde gestern beschlossen, die zeitliche Zulage der Bergarbeiter um 40 Proz. zu erhöhen, so daß hinfort mit der früher vorgenommenen Erhöhung diese sich auf 70 Prozent beläuft. Die neuen Löhne treten am 16. November in Kraft.

Achtung Zimmerer! Die Baustelle Raftenburger Straße der Feuerungs- und Schornsteinbaufirma Louis Fraas u. Co., Gera, Bureau Berlin, Rodenbergstr. 3, ist gesperrt. Kameraden, übt Solidarität; meidet in Berlin und Umgebung die Firma Fraas u. Co.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands. Jahrestelle Berlin und Umgegend.

Metallindustrie, Untere-Ringelstraße, Berlin, Freitag, 7 1/2 Uhr, im Reichshaus Hof, Berlin N., Invalidenstr. 126. Erscheinen aller Kollegen dringend empfohlen.

Friedrich Himpel. Die Baustelle Raftenburger Straße der Feuerungs- und Schornsteinbaufirma Louis Fraas u. Co., Gera, Bureau Berlin, Rodenbergstr. 3, ist gesperrt. Kameraden, übt Solidarität; meidet in Berlin und Umgebung die Firma Fraas u. Co.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands. Jahrestelle Berlin und Umgegend. Metallindustrie, Untere-Ringelstraße, Berlin, Freitag, 7 1/2 Uhr, im Reichshaus Hof, Berlin N., Invalidenstr. 126. Erscheinen aller Kollegen dringend empfohlen.

Friedrich Himpel. Die Baustelle Raftenburger Straße der Feuerungs- und Schornsteinbaufirma Louis Fraas u. Co., Gera, Bureau Berlin, Rodenbergstr. 3, ist gesperrt. Kameraden, übt Solidarität; meidet in Berlin und Umgebung die Firma Fraas u. Co.

A. WERTHEIM Lebensmittel

Leipziger Platz (Versand-Abteilung) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Soweit Vorrat.

Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt

Wurstwaren

Blutwurst halbl. Pfund 72 Pf.	Jagdwurst . . . Pfund 145
Leberwurst halbl. Pfund 72 Pf.	Mettwurst grobe. Pfund 145
Dampfwurst . . . Pfund 1 M.	Filetwurst . . . Pfund 160
Sülzwurst . . . Pfund 1 M.	Mettwurst (Dresdnachw. Art) Pfund 160
Landleberwurst Pfund 120	Schinkenspek. Pfund 190
Rotwurst . . . Pfund 120	Nußschinken . Pfund 2 M.

Rosenthaler Straße, Königstraße, Moritzplatz

Polnische . . . Pfund 145	Leberwurst feine, Pfund 170
Mortadella . . . Pfund 145	Zerelatwurst Pfund 180
Bierwurst . . . Pfund 170	Salamiwurst . Pfund 180

Butter u. Käse

Tafelbutter Pfund 1 68 1 85	Limburger Allgauer Pfund 75 Pf.
Dän. Butter . . Pfund 1 98	Holländer u. Edamer 85 Pf.
Margarine . . . Pfund 55 Pf.	Steinbuscher Pfund 95 Pf.
Kokosfett . . . Pfund 65 Pf.	Tilsiter . . . Pfund 78 Pf.
Schweineschmalz 75 Pf.	Tilsiter vollfett Pfund 98 Pf. 110
Limburger Pomm. Pfund 62 Pf.	Schweizer sch. 1-4,5 bayr. Pfund 135

Konserven

Brech- u. Schnittbohnen 58 Pf. 1 a 80 Pf.	Erdbeeren . . 1/2 Dose 145
Leipziger Allerlei 85 Pf.	Pflaumen halbe, halbe Frucht, 4 Pfund-Dose 135
Jge. Erbsen mittel- fein 92 Pf.	Vierfruchtarmelade 10 Pfund-Elmer 3 60
Rindfleisch im eigenen Saft 135	Pflaumen-Marmelade 10 Pfund-Elmer 4 50
Oelsardinen portugiesische 48 Pf. 78 Pf.	

Kolonialwaren

Weißbohnen Pfund 18 Pf.	Pflaumen . . . Pfund 32 Pf.
Linsen . . . Pfund 19 Pf.	Bacabst gemischt Pfund 46 Pf.
Eier-Makkaroni (Brock), Pfund 52 Pf.	
Neuhell: Suppenpulver nach böhmisch. Art, Schoten m. Kalbfleisch, Jäger, Hühner, Leber, Rindfleisch, 1 Pfund = 35 Tafeln 1 98	

Frisches Fleisch

Hammel, dicke Rippe, Brust und Rücken Pfund 80 Pf.
Hammelkeule Pfund 95 Pf.
Kalbskamm, Brust u. Rücken mit Knoch. Pfund 80 Pf.
Schmorfleisch u. Roastbeef Pfund 90 Pf.
Schweinebauch, Rücken u. Blatt Pfund 105
Schweine-Schinken u. Kamm Pfund 110
Kabler, Speer u. Kamm Pfund 125
Gehacktes Fleisch Pfund 75 Pf.

Prima Ochsenfleisch gefroren, Pfund 55 Pf.
Kamm u. Brust gefroren Pfund 55 Pf.

Geflügel

Junge Gänse Pfund 110 an
Suppen-Hühner Pfund 95 an
Fasanen-Hähne Stück 4 65 4 85
Fasanen-Hennen Pfund 3 15 3 45
Tauben Stück 72 Pf.
Gänse ausgeschlachtet zu billigsten Preisen

Fische

Dorsche ausgenommen Pfund 10 Pf.
Goldbarse ohne Kopf Pfund 16 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische Pfund 20 Pf.
Grüne Heringe 5 Pfund 98 Pf.
Schellfische Pfund 25 Pf.
Hechte Pfund 65 Pf. lebende 110

Räucherwaren

Fettbücklinge Pfund 38 Pf.	Sprotten . . . Pfund 52 Pf.
Schellfische Pfund 38 Pf.	Bücklinge Kieler Pfund 55 Pf.
Flundern Pfund 42, 70 Pf.	Fettheringe Tüschchen m. 25 Stück 310

Obst u. Gemüse

Kochbirnen 2 Pfund 15 Pf.	Rot-, Wirsing- u. Weißkohl Pfund 5 Pf.
Pastorenbirnen 16 Pf.	Mohrrüben u. Zwiebeln Pfund 5 Pf.
Tafeläpfel . . . Pfund 20 Pf.	Märk. Rübchen Pfund 5 Pf.
Kranzfeigen Pfund 30 Pf.	Sellerie Pfund 8 bis 12 Pf.
Amerikaneräpfel 35 Pf.	Rosenkohl . . Pfund 25 Pf.
Kalifornische Äpfel Original-Kiste, ca. 45 Pfund brutto 15 50	

Konfitüren

Holländischer Kakao Marke „Kamphuis“ 1 60 2 90
Schokolade, Vollmilch, Milch, Schmelz 1 100 Gr. 1 M
Honig- u. Lebkuchen in reich. Auswahl

Frisch gebrannter Kaffee eigene Rösterel

Konsum-Mischung Pfund 2 40
Haushalt-Misch. 2 60
Olympia-Misch. Pfund 3 40
Sonder-Misch. Pfund 3 M
Globus-Misch. Pfund 3 80
Spezial-Mischung mit 2 1/2% Bohnenkaffee 76 Pf. mit 40% Bohnenkaffee 120

Wein

Preise für 1/2 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas

1922 Berncasteler guter Tischmoos 90 Pf.
1922 Malkammerer Mumig 1 M
1924 Liebraumilch feine Art 1 50
1922 Graacher Abtsberg prickelnd, süßig 1 60
1920 Forster Schnepfenflug wächst, Winterverein, sehr schöne Art 2 20
1921 Braunerberger Riesling feiner Dinermoos 2 40
San Antonio milder Tischrotwein 1 M
1921 Crü Gobineau Lustrac, lieblicher Bordeaux 2 M
Alter Malaga Gold oder Dunkel 1 60
Deutscher Weinbrand-Verschnitt milde Ware 2 60

Wein vom Faß zu Extrapreisen

Eier-Röhrchen 1-Pfund-Paket 0 90
Eier-Schnitt- und Faden-Nudeln 1-Pfund-Paket 0 90
Eier-Spätzle, -Rols und -Schleifchen 1-Pfund-Paket 0 90



Teigwaren Marke „Drei Glocken“

Hartweizen-Makkaroni 1-Pfund-Paket 0 75
Hartweizen-Spaghetti 1-Pfund-Paket 0 80



Dreimal im Jahr beginnt in den Haushalten ein großes Auf- und Umräumen. Das ist in der Zeit vom Sommer zum Winter, wenn die Wintersachen hervorgeholt werden, in der Zeit vom Winter zum Sommer, wenn die Sommersachen wieder in ihr Recht treten, und nach dem Weihnachtsfest, wenn die neuen Geschenksachen eingeräumt und Altes aussortiert werden muß.

Die alten Sachen.

Natürlich ist das mit dem Ausfortieren eine eigene Sache. Wie soll heute der schlechtbezahlte Arbeiter und Angestellte, von den Arbeitslosen gar nicht zu reden, aussortieren, da er alles, was er hat, bis zum Äußersten ausbrauchen muß, um es schließlich als Lumpen dem Lumpenhändler für einige wenige Pfennige zu überantworten? Aber von diesen bedauerlichen und leider auch allzu zahlreichen Fällen abgesehen, gibt es doch noch genug Familien, die tatsächlich in der Lage sind, Dinge aus ihrem Verbrauch auszuscheiden, die keineswegs einen Verbrauchswert eingebüßt haben. Und gerade deshalb, weil man weiß, daß sie doch immer noch etwas wert sind, trennt man sich nicht von den Dingen, weil man sich immer wieder sagt: Vielleicht kommt es ja doch noch brauchen. So staut sich besonders in älteren Familien, die lange eine und dieselbe Wohnung innehaben, allmählich eine Unmenge von Sachen auf, die angeblich immer noch mal gebraucht werden können, im Grunde genommen aber von Jahr zu Jahr liegenbleiben, überhaupt nicht mehr benutzt, in den meisten Fällen vollkommen vergessen werden, bis sie dann eines Tages bei einem Großreinemachen oder bei den drei genannten Anlässen zur größten Ueberfülle der Hausfrau oder der Familienmitglieder wieder ans Licht des Tages treten. Dann werden sie gereinigt, gebührend bewundert und bestaunt, und schließlich wieder im Keller, auf dem Boden oder in den Schränken verstaubt. So geht das Jahr um Jahr, und die Sachen werden nicht besser vom vielen Lagern. Aber zu derselben Zeit liegt irgendwo eine armselige Kommode, eine arme Mutter oder Witwe, die, wenn sie die Sachen nur hätten herlich froh wären. Wie aber sollen die Sachen an die Armen und Bedürftigen herankommen, wenn die Eigentümer sie trampfhaft festhalten und sich nicht von ihnen trennen mögen? Wir sollten in unserem Alltagsleben den Begriff der gegenseitigen Hilfe zu gehöriger Geltung bringen und aus der stumpfen Gleichgültigkeit und der trägen Gedankenlosigkeit mehr herausgehen. Der Arme soll den Reineren helfen, wo er es irgendwie tun kann. Und gerade jetzt bei der großen Arbeitslosigkeit, wo es in den Winter hinein geht, und die am schlechtesten Ernährten am allernotwendigsten erwärmender Kleidungsstücke bedürfen, läßt sich sehr viel tun, ohne jegliche Ausgabe oder Aufwendung.

Die Wunder der Klara van Haag.

11) Von Johannes Buchholz. Aus dem Dänischen überseht von Erwin Magnus. Der Zollverwalter von Anarrebj hatte sich in Frau Wangs Pensionat ein Zimmer gemietet, und die Gnädige nahm ihre Mahlzeiten in der Küche ein. Ansehend befand sie sich wohl hier und fühlte sogar eine besondere Freude, wenn sie Masse Duses Manieren nachahmte, die Zähne mit einem Splitter aus der Brennholzkiste reinigte und den Kaffee in die Untertasse goß. Namentlich letzteres Manöver, das ermbalsichte, den Kaffee in langen Rügen zu schlucken, paßte der Gnädigen gut. Dann konnte sie sich mit erneuter Mut auf das Räumen stürzen. Masse Duse zog die ersten beiden Tage ein saures Gesicht über diese Hehe, die ihr überflüssig erschien. Nachher aber hatte sie gleichsam ihre unverzagte Jugend wiedergewonnen. Auf einmal brach sie in Singen aus. Schreien einfließend in jeder Beziehung, aber von großer, entflammender Kraft sowohl für sie wie für die andern. Rah wie Kriegergeschrei durchschnitt es das Rollamt vom frühen Morgen bis zum späten Abend, unablässig, obwohl das Lied nur einen einzigen Vers hatte, bis jedes schwere Möbelstück schimmerte, Teppiche ausgebreitet, Bilder und Gardinen aufgehängt waren, bis überall gefirnigt, lackiert, gewaschen und geplättet war, und die schwere Luft des Zollamts so leicht und frisch war wie die, die vom Belt hereinströmte. Erst da schloß sie ihren Gesang mit einem Geheul und dankte unendlich und immer wieder, als ob sie einen Ferienaufenthalt bei Frau van Haag genossen hätte. Da waren auch die Gnädige und Hedwig so zufrieden wie Gott am siebenten Tage. Aber zuleich waren sie müde wie Sklaven. Die Gnädige setzte sich auf den Rand des Küchentisches, Hedwig auf den Stuhl zu ihren Füßen. Sie tranken noch eine kleine Tasse Kaffee, stießen an und lachten sich Mut zu. Da beugte sich die Gnädige vor, legte einen ausgestreckten Zeigefinger auf Hedwigs Brust und fragte: „Wer war er?“ „Wer?“ „Er?“ sagte die Gnädige und machte in der Luft eine wunderbare getreue Nachahmung von Johan Fots' Gruch. Hedwig wurde glühend rot und sagte: „Ich weiß wirklich nicht, was gnädige Frau meinen.“ „Hast du nicht den kleinen Mann mit dem großen Hut spielen gehört.“

Räumt euer Kleiderspinde auf!

In erster Linie sind Kleider- und Wäscheschränke die Tresore für allerlei zurückgesetzte Sachen. Da findet sich so manches Stück, das noch einmal getragen werden sollte und nicht getragen wird. Da hängen Kinderhosen, aus denen die Kinder herausgewachsen sind. Sie sind zurückgehängt worden, um vielleicht noch einmal zu diesem oder jenem Zwecke Verwendung zu finden. Um sie zum Flicken zu verwenden, sind sie zu schade. So bleiben sie hängen und nehmen unnützlich Raum in Anspruch. Wie manches Kind könnte mit einem Winterkleid oder Mantel versehen werden, wenn wir uns dazu aufraffen wollten, uns von den Sachen zu trennen, die als Ballast in den Spinden hängen, solange, bis sie schließlich doch einmal zu den Lumpen wandern, nachdem sie den Motten als Brutstätten gedient haben. Von der überlebten Kleinbürgerlichen Aufbewahrungs- und Sammlungsart sollten wir uns freimachen. Der Modewechsel überholt die einmal abgelegten Sachen bald. Sollen wir sie nicht verkaufen und verlaufen, sondern trennen wir uns rechtzeitig davon, solange sie noch gebraucht werden können. Dieser Appell richtet sich besonders an die Kopiarbeiter, die selten ihre Kleidungsstücke gänzlich auftragen können, wie es etwa bei diesen Handarbeitlern geschieht. Aber auch so mancher Handarbeiter hat Sachen, die er nicht auftragen kann oder solche, aus denen die arbeitslosen Kinder herausgewachsen sind und von kleineren Kindern noch sehr wohl gebraucht werden können.

Appell an die Hausfrauen!

Das sind Dinge, um die sich die Männer weniger kümmern und ganz den Frauen überlassen sind. Die Frauen, die sich in einigermaßen gesicherten Verhältnissen befinden, deren Männer nicht unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, müssen sich aufraffen, sich die Not in kinderreichen Familien, deren Ernährer seit Monaten arbeitslos sind, vor Augen halten und sich von diesem oder jenem Stück trennen, das für sie, außer einem gewissen Gefühlswert, wertlos ist. Und wenn sie ein übrigtes tun wollen, legen sie die Sachen nie weggeben wollen, zumor noch ordentlich instand. Nur wo Zeit und Gelegenheit davon abhalten, kann davon abgesehen werden. Auf alle Fälle aber, ihr Frauen, nehmt unverzüglich eine Generalrevision eurer Kleiderschränke vor, sortiert aus, was abgelegt ist, räumt gründlich auf. Das Ueberflüssige und Entbehrliche wird nachgehoben, in ein Bündel gepackt und zur Abholung bereitgehalten. Wer nicht weiß, wohin damit, fragt in seiner Abteilung unaufrichtig nach oder bei einer Genossin aus der Wohlfahrtskommission seines Bezirkes. Die Wohlfahrtsämter der Stadtbezirke haben vorzüglichlich Einrichtungen getroffen zur Annahme von Kleidungsstücken und zu ihrer Herrichtung, so daß sie an Bedürftige abgegeben werden können. An Wiederverkäufern fehlt es nicht.

Darauf es ankommt, ist rasches Handeln, bevor diese Anregung wieder in Vergessenheit gerät. Unsere Position als Verdienende verpflichtet uns als Sozialdemokraten zumal, den Nichtsverdienenden zu helfen. Die Not ist groß! Und sollten die Kommunisten unseren Appell zur gegenseitigen Hilfe hämisch glossieren und die radikalere Forderung stellen, allen Familien Arbeitsloser neue Kleidungsstücke zu geben, anstatt getragener, so lassen wir uns dadurch nicht beirren, weil schließlich ein verfügbarer getragener Mantel über der Kleidung besser ist, als ein neuer, der gedacht und erwünscht, in einer langen Revolution hängt.

Kein Freibad im Engelbecken!

Den Streit um das Freibad im Engelbecken will der Magistrat dahin entscheiden, daß er den Plan aufgibt. Er ist jetzt zu der Ansicht gelangt, daß der ganze Entwurf der Rette von Grünanlagen auf dem Gelände des zugeschütteten Luisenstädtischen Kanals, in die das Engelbecken einfließen sollte, noch einmal geprüft werden müsse. Beabsichtigt wird, die Freibadanlage dem Engelbecken fernzuhalten und hierzu eine andere Stelle des Kanalgeländes zu wählen. Dagegen will man an dem Gedanken festhalten, auf dem Engelbecken ein Freibad wenigstens eine Kinderspielwiese mit Planschbecken zu schaffen. Vorläufig handelt es sich nur um Anregungen, über die noch keine Beschlüsse gefaßt sind.

Bezirk Kreuzberg für das Freibad.

In dieser Woche hielt die Bezirksversammlung zwei Besprechungen ab, in denen sie sich mit dem Etat beschäftigte, der dann am Mittwoch angenommen wurde. Eine vom Ausschuss vorgelegte Entschließung sprach sich dafür aus, daß Magistrat und Stadtvorordnete an dem Plan eines Freibades in dem an der Nordwestecke des Bezirks gelegenen Engelbecken im Interesse der Volksgesundheit festhalten mögen. Die ausgiebige Debatte über diese Entschließung brachte die Vertreter der Deutschnationalen und des Zentrums sehr in Harnisch. Der eine betonte, daß keinerlei Notwendigkeit eines Bades für die dortige Gegend vorliege, da das Stadtbad Friedrichshain an der Schillingbrücke ausreiche, der andere sprach von einer Brüstung der Katholiken, deren Anbacht beim Kirchgang in die nahe Michaelskirche gestört würde, wenn im Engelbecken ein Freibad erstbe. Genosse Litzke wies darauf hin, daß das Stadtbad Friedrichshain seit langem nicht mehr ausreicht, zumal ja vor dem Kriege neben dem Hallenbade dort ein stark beleuchtetes Flußbad bestand. Dem Redner des Zentrums erwiderte er, daß man in anderen Städten in katholischen Kreisen anders denke. Zum Beispiel in Dresden habe niemand daran Anstoß genommen, daß vor der katholischen Hofkirche Männer und Frauen in der Ube frei haben. Auch sei das Karnevalstreiben in der Gegend des Kölner Doms am größten. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten wurde die Ausschussentscheidung angenommen. Die Versammlung stimmte der vom Bezirksamt gemachten Dringlichkeitsvorlage, den Spielplatz an der Kebabstraße auszubauen, zu. Die kommunistischen Weib- und Wekenanträge betr. Höhenzollenabfindung und den sogenannten Kongress der Werttätigen wurden abgelehnt.

Eine blutige Geburtstagsfeier.

Seine Frau in der Trunkenheit erschlagen.

Unter dem dringenden Verdacht, in der Trunkenheit seine Frau mit einer Bierflasche erschlagen zu haben, wurde gestern mittag der 37 Jahre alte Max Schendel aus der Ruppiner Str. 29 festgenommen. Schendel, der mit seiner Frau im hohen Erdgeschoß des Quergebäudes in Stube und Küche hauste, gab den anderen Mietern durch lärmende Ausritte in seiner Wohnung schon wiederholt Veranlassung zu Beschwerden. Dienstagabend feierte er mit seiner Frau allein deren Geburtstag. Dabei ging es wohl ziemlich hoch her. Spät abends trat eine verhängnisvolle Ruhe ein. Gegen Mitternacht aber hörten die Hausgenossen wieder Lärmen und Schreien in der Wohnung, künmernten sich aber nicht weiter darum. Gestern mittag erschien Schendel noch ziemlich angeheitert auf dem 52. Reuler und teilte mit, daß seine Frau zu Hause entweder tot oder betrunken liege. Er habe sie wiederholt geschüttelt, sie habe sich aber nicht gerührt. So glaube er wohl, daß sie tot sein werde; er konnte, um das zu meiden, die Beamten begaden sich sofort nach der Wohnung, um den Totbestand festzustellen. Sie fanden die Frau in einer Blutlache im Bett liegen. Unter dem Bett lag eine Bierflasche mit abgebrochenem Halse. Andere Flaschen und auch Prestoflehen, die vielleicht auch als Hieb- oder Wurfwaffen benutzt worden sind, lagen in der Stube zerstreut umher. Die Frau hatte zwischen der Nase und einem Auge eine Verletzung von einem stumpfen Schläge und blutige Wunden an der Stirn. Die Hausgenossen berichteten über den Lärm, den sie gegen Mitternacht gehört hatten. Schendel selbst will von nichts mehr wissen. Er wurde unter dem dringenden Verdacht des Totschlags vorläufig in Haft behalten, die Leiche der Frau beschlagnahmt und zur Obduktion nach dem Schauhaufe gebracht.

„Er ist nicht klein,“ fuhr es aus Hedwig heraus. Da lachte die Gnädige. „Jetzt frage ich nicht mehr, mein Kind. Obwohl ich den Mann wohl kennen würde. Solch ein Spiel habe ich noch nie gehört! Nur eines: Ist er hier in der Stadt?“ „Ja,“ sagte Hedwig mit gesenktem Kopf. „Wertwürdige Stadt!“ sagte die Gnädige und schwieg eine Weile. Ihre Augen wurden kunkel. Ihre Gedanken gingen wohl wieder zurück zum Tage ihrer Ankunft; aber gleich darauf war sie weiter geist und sagte: „Aber Hedwig! Was sagte denn dein Vater?“ „Ich sollte niemals grüßen,“ sagte Hedwig mechanisch. Die Frage hatte sie erwartet. „Grüßen — sollst du, nichts als grüßen! Was sagte Kasper Egholm? War er nicht sehr erstaunt?“ „Doch.“ „Nun, sonst nichts?“ „Ach, Vater hat soviel anderes zu denken.“ „Aber er erinnerte sich meiner doch?“ sagte die Gnädige ganz enttäuscht. Hedwig hatte ihre Notlage wohl überdacht, es konnte nicht anders sein, das mußte gesagt werden! Aber es peinigte sie, daß die Lüge weiter um sich greifen sollte. Sie begann unsicher zu erzählen, daß ihr Vater nicht wie andere sei. „Nein, natürlich ist er nicht wie andere,“ sagte die Gnädige mit einem Nicken. „Aber wie ist er denn?“ „Ja, das ist nicht leicht zu sagen.“ Hedwig schob alles andere beiseite und dachte nur an seinen letzten schändlichen Einfall mit Sivert als Mann der Fürstendindertochter; aber die Geschichte konnten andere Menschen nicht verstehen; die würde zu unglücklich, zu unwahrscheinlich aussehen; und deshalb zog sie es vor, von den Erfindungen ihres Vaters zu reden. Die Schamröte stieg ihr in die Wangen, als sie sich erinnerte; wie er vor einigen Jahren eine Maschine verfertigt hatte; Turbine nannte er sie, sie stand in einem Boot, das mit alten Lappen und mit Stücken von Dachrinnen und dergleichen geflickt und gestopft war. Und die Leute standen zu Hunderten am Strande, denn er hatte ja gesagt, daß sie ein reines Wunder wäre. Aber sie bekamen nur einen Mann mit Ruß und Schmutz im Gesicht zu sehen, einen barbeinigen Mann, der im Boote saß, hetzte, sich anstellte und vor der ganzen Welt lächerlich machte. Hedwig sah klammernd auf; aber der Form, den sie selbst fühlte, hatte keinen Widerschein auf die Stirn der Gnädigen geworfen. Es war nur lebhaftes Interesse zu spüren.

Da ging Hedwig zu der Schilderung über, wie Egholm es gemacht hatte, als er sich ein Haus baute. Er hatte, wie sie mit versagender Stimme erzählte, das Material vom abgerissenen Armenhaus gekauft. Ueber dreißig Lasten Balken und Bretter, Fenster und Türen, Dachsteine und Mauersteine und der Schutt aller Welt. Versauilt und voll Schwamm das ganze. Er, Sivert und Dirids Pflöt hatten darauf diese maränen Balken senkrecht in ein paar Erdlöcher gestellt und Bretter als Wände dazwischengeknagelt. Noch nie hatte man in der Welt eine solche Art zu bauen gesehen. Ja, wenn es noch für Hühner oder Schweine gewesen wäre, aber für Menschen! Die Leute in der Stadt lachten natürlich auch, daß sie beinahe plähten. Es war damals kein Vergnügen, sich auf der Straße zu zeigen, wenn man Egholms Kind war. Sivert hatte zu seinem Vergnügen eine ganze Masse Bretter gesammelt, auf denen noch die Tapete saß. Die hatte er gerade nach dem Bahnhofsweg hinaus angeknagelt. „Die Leute sagten, unser Haus sei das einzige auf Erden, das auswendig tapeziert wäre.“ Hedwig schöppte tief Atem; die Gnädige sagte still: „Und ihr moht immer noch in diesem amülanen Haus?“ „Vater hatte den Einfall, es mit einer Lage Kalkputz zu bewerkeln und hinterher zu wäßen. Aber was nützt es, daß die Fäulnis verborgen ist, wenn jeder Mensch in Anarrebj sich bis in ewige Zeiten erinnert, daß sie da ist?“ „Mein liebes Kind, ich verstehe deine Anklage nicht. Wenn dein Vater kein Geld hat — und das hat er wohl nicht — dann kann er sich ja nicht die teuren Materialien kaufen.“ „Wenn man keine ordentlichen Sachen kaufen kann, dann läßt man es überhaupt bleiben. Wir hätten ja weiter zur Miete wohnen können; aber Vater wollte das Gefühl genießen, Gutsbesitzer zu sein, dessen bin ich sicher, deshalb kaufte er das Stüchchen Boden, als es billig zu haben war. Und auf das Armenhaus bekam er ja drei Monate Kredit.“ Nun machte Hedwig ihren Vater so schlecht, wie sie konnte, und das wirkte gerade entgegengesetzt auf Frau van Haag. In ihrer Phantasie bildete sich eine Gestalt von dem ewig unruhigen, dem stets strebenden, dem mit der überwältigenden Uebermacht der Armut bekämpfenden Mann. Und es fehlte nicht viel, daß diese Gestalt eine Idealgestalt war. Wie göttlich verschieden war er doch jedenfalls von ihrem eigenen Mann. Himmel! Welches Unrecht sie doch erlitten hatte, daß sie ein so unbrauchbares Material zwischen die Hände bekam! (Fortsetzung folgt.)

Die Religionsgemeinschaften in Berlin Kirchen und Geistliche.

Die ehemalige Kaiserin Auguste-Victoria fand ihre Lebensaufgabe in der Beschaffung von Kirchen, denn „die Religion mußte dem Volke erhalten werden“. Ihr Oberhofmarschall, Freiherr von Mirbach, mußte für sie die Geldmittel zusammenstellen. Industrielle, Großhändler und Handelsherren, die sonst nie aufhörten, über schlechte Zeiten zu klagen, waren gegen Verleihung von Titeln (Hoflieferanten, Kommerzienrat usw.) gern bereit, tief in die Taschen zu greifen. Kirchenfenster und Vergleichen zu stiften. Die Baupläne stellte der freisinnig denoted Magistrat umsonst oder gegen geringes Entgelt zur Verfügung und verminderte damit die noch verfügbaren Grundstücke. So entstanden in den neunziger Jahren eine ganze Anzahl neuer Kirchen, bis die Bauzeit mit der Errichtung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche (der sogenannten „Samelskirche“) einen gewissen Abschluß fand. Heute haben wir in Berlin nicht weniger denn 447 Kirchen, Kapellen und sonstige Versammlungsräume zu religiösen Zwecken. Die evangelische Kirche ist darin natürlich am stärksten beteiligt, nämlich mit 244, und von den 1198 Geistlichen und Predigern entfallen auf sie 471. Bei den 399 Personen, die in den Veröffentlichungen des Berliner Statistischen Amtes als Geistliche der Neupostlichen aufgeführt sind, dürfte es sich wohl in der Mehrzahl um Laienprediger handeln. Ebenso bei den 56 der Baptisten und den 19 der Adventisten. Die Katholiken verfügen über 55 Kirchen und 187 Geistliche, während die Juden 13 Kirchen mit 15 Rabbinern haben. Außer den drei großen Religionsgemeinschaften haben in Berlin noch die folgenden ihre Anhänger: Neupostliche (13 046 Mitglieder), Katholisch-Apostolische (6799), Baptisten (6660), Evangelisch-Lutherische (5918), Methodistische (1797), Adventisten (1959), Evangelische Gemeinschaft (2285), Dreieinigkeitsgemeinde (658), Freie evangelische Gemeinde (324), Altorthodoxen (242), Christliche Wissenschaft (241). Die ersten drei großen Religionsgemeinschaften zählen: Evangelische 3 100 000, Katholiken 442 781, Juden 250 000. Bei den Evangelischen und Juden ist vermehrt, daß es sich um geschätzte Zahlen handelt. Es ist anzunehmen, daß da sehr überschätzt worden ist, und wahrscheinlich wird das auf alle anderen auch zutreffen, denn die Gesamtzahl der Religionsanhänger soll für Berlin demnach 3 832 712 aus-

machen. Nach der Zählung vom 16. Juni 1925 hat Berlin 4 030 812 Einwohner, es blieben sonach nur 198 106 Religionslose. Wir leben ja an unzähligen Beispielen, wie sehr die Staatskirchen befristet sind, die Dissidenten sich noch immer zuzählen. Außerdem unterlassen zahlreiche Dissidenten, dies auf dem Zählbogen anzugeben. Ferner zählen alle Kinder der Ausgetretenen der ehemaligen Religionsgemeinschaft der Eltern solange zu, als diese selbst ihren Austritt erklärt haben, wenn die Eltern nicht ausdrücklich den Austritt für ihre Kinder mit vollzogen haben oder wenn diese erst nach der Austrittserklärung der Eltern geboren sind. Die Freireligiösen sind in der besagten Statistik nicht mit aufgeführt. Die Zahl der Religionslosen ist, wie gesagt, verhältnismäßig für Berlin sehr gering angegeben, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1923 allein 32 346, davon 2405 Katholiken, 330 Juden, und im Jahre 1924 8054, davon 1120 Katholiken ihren Austritt aus der Kirche vollzogen haben.

In Berlin wurden im Jahre 1924 41 546 lebendgeborene Kinder zur Welt gebracht; davon starben im ersten Lebensjahre 4789. Kirchliche Taufen sind 34 998 vollzogen worden. Demnach sind 6548 Kinder nur standesamtlich gemeldet worden. Daraus erhellt, daß zahlreiche Familien, die sonst mit der Kirche innerlich gebrochen haben, ihre Kinder doch taufen lassen. Wie erklärt sich das? Nun, es werden auch heute noch immer von der Unterlassung kirchlicher Handlungen entweder für die Eltern oder später für das Kind wirtschaftliche, zum mindesten gesellschaftliche Nachteile befürchtet. Man braucht nur an die Drangsalierungen mancher Kinder zu erinnern, die diese in der Schule von rückständigen Lehrern und zum Teil auch von Schulförderern zu ertragen haben. Das gleiche dürfte für die Eheschließungen zutreffen. Auch da wird vielfach mit Rücksicht auf die rückständigen Anschauungen des einen Teils oder der Schwiegereltern, oder der Großmutter in der Provinz die kirchliche Trauung vorgenommen. Bei den Bestattungen liegt es ähnlich. Daß aber die große Mehrzahl der Berliner Bevölkerung wenig für die Kirche — wir sagen nicht religiös — gesinnt ist, zeigt der dauernd schlechte Besuch der Kirchen, über den die Geistlichen klagen.

Aus der neuen Schule.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in der Potsdamer Straße 120 veranstaltete kürzlich eine kleine Feier zur Einweihung seines neuen, sehr geschmackvoll und zweckmäßig gestalteten Vortragsraumes. Bei dieser Gelegenheit erhielten die Besucher einen Einblick in das Arbeiten der neuen Schule. Nur auf dem Hintergrund der geistigen Strömungen einer Epoche kann man die Wirksamkeit einer kulturpolitischen Gemeinschaft würdigen. Ein wesentliches Merkmal in diesem Ringen, Werden und Wachsen, in dem Auf und Nieder von Fortschritt und Rückschlag ist der Kampf um die Schule. Er verlangt in der heutigen Zeit, die begriffen haben sollte, daß die Schule der Ausdruck des innersten Wesens eines Staates ist, daß die Kulturpolitik sich nicht in der Wirklichkeit auf die heutige Generation erschöpfen darf, wärmste Anteilnahme für alle Bestrebungen, die aus dem Geist geboren sind, das heranwachsende Geschlecht zu seiner Selbsterziehung und Selbstlenkung reif zu machen. Von diesem Standpunkt aus ist der Abend des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht zu betrachten. Er konnte natürlich nur einen ganz kleinen Ausschnitt aus dem Leben der modernen Schule zeigen. Aber die Art ihrer Darbietungen berechtigt zu der Hoffnung, daß auch die positiven Kenntnisse und der geistige Bildungsstand der Schüler auf einer Stufe stehen, die der heutige Staat von seinen Gliedern erwarten kann. Mit großer Ursprünglichkeit und Frische wurde die Fabel vom Fiel in der Bienenhaut durch die Schüler der Gemeinschaftsschule Niederschönhausen dramatisch gestaltet. Sehr zart und feinsinnig hatten sich Schülerinnen des Bismard-Ensembles in das Märchen vom Adenbrödel eingelebt. Das Künstlerische der Darstellung war fast zu sehr betont. Es bedarf

großen pädagogischen Geschicks, um hier die wünschenswerte Grenze einzuhalten. Am lebendigsten und kraftvollsten wirkten unter den rhythmischen Darbietungen die Volkstänze einer Arbeiterjugendgruppe. Hier offenbarte sich ein völlig unerbittlicher Sinn. Als Gegenstück hierzu wirkten die ausgeglichenen gymnastischen Darbietungen von Schülerinnen der Hoheland-Schule. Wesen und Ziel der rhythmischen Gymnastik ist leider noch viel zu wenig begriffen. Feinsinnige Physiologen haben festgestellt, daß unsere Muskeln ungewöhnliche und daher solche Spannungen aufweisen, die sich in der sogenannten Verkrampfung äußern. Die Schülerinnen der Hoheland-Schule zeigten dagegen in jedem Einzelbild den organisch richtigen Ablauf der Bewegungen. Der gesundheitsliche, ästhetische und musikalische Wert dieser Übungen ist sehr hoch zu veranschlagen. Alle Darbietungen fanden reichen Beifall. Die kleine Feier selbst wurde eingeleitet durch Begrüßungsworte des Geheimrats Ballat, der als Vertreter des Kultusministers erschienen war.

Kunstabend der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Vor kurzem versammelten sich in der Lindenstraße zahlreiche junge Genossen zu einer Kunstgeweihe, um durch einen Vortrag des Genossen Professor Keitner sich die große Musikwelt Johann Sebastian Bachs näherbringen zu lassen. Dieser Abend war der erste einer Reihe von Kunstabenden, die die Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlins auch in diesem Winter wieder veranstaltet. Der Besuch zeigt, welches erfreuliche Interesse auch die arbeitende Jugend der Musik entgegenbringt, und Genosse Keitner verstand es sehr fein, die Erwartungen der Jugendlichen voll und ganz zu erfüllen. In einigen einleitenden Bemerkungen versuchte er, das Wesen einer jeden Kunst zu erklären, die stets

der seelische Ausdruck einer lebendigen und beschwingten Persönlichkeit ist. Vom Werk des Künstlers ausgehend, muß der Betrachter danach streben, sich in die geistigen Spannungen des Künstlers hineinzuversetzen. Nur dann wird es ihm möglich sein, das Werk eines Meisters zu erfassen. Gegen die Tendenz der heutigen Zeit, den Menschen zu schablonisieren, muß gerade die sozialistische Jugend sich wehren und versuchen, das Schöpferische und daher Künstlerische, das in jedem Menschen ruht, zu wecken.

Aus den Bezirken.

2. Bezirk — Tiergarten.

Eine durch die Zeitung gegangene Notiz gab unseren Genossen Veranlassung, eine Anfrage an das Bezirksamt zu stellen. Es handelt sich um ein Fräulein L., das aus Wartenberg im Harz nach Berlin berufen wurde, um die Stelle einer Heimleiterin an einem Jugendheim in Caputh zu bekleiden. Fräulein L. hat daraufhin ihr Haus in Wartenberg verkauft. In Berlin wurde sie aber von dem Bürgermeister Do Klein vollständig im Stich gelassen. Der Pachtvertrag mit dem Besitzer des Hauses, in dem das Heim eingerichtet war, wurde nicht erneuert, Fräulein L. mußte das Heim räumen, ihr gesamtes Mobiliar, das sie mitgebracht hatte, auf einen Speicher geben und steht nun erloschen und mittellos da. Die Bezirksversammlung war über die Vorkommnisse gar nicht orientiert; es war ihr nicht einmal bekannt, daß das Bezirksamt ein Jugendheim in Caputh bejahen. Wir fragten an, ob es richtig ist, daß das Bezirksamt ein Jugendheim in Caputh unterteilt, ob Fräulein L. veranlaßt wurde, zur Leitung dieses Heims von Wartenberg nach Berlin zu kommen, ob es richtig ist, daß sie durch Maßnahmen des Bezirksamtes Tiergarten schwer geschädigt worden ist und was das Bezirksamt zu tun gedenkt, um sie für den erlittenen Schaden zu entschädigen. Das Bezirksamt hat sich zunächst nicht zu dieser Frage geäußert. — Weiter erstatete Gen. Schlegel den Bericht über den Etat. Im Ausschusse war der Etat gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen worden, in der Versammlung überzogen aber die Kommunisten durch die Erklärung, daß sie dem Etat zustimmen werden. Eine längere Debatte entstand wegen der Benützung des Sportplatzes Tiergarten. Das Bezirksamt drückte sich etwas widersprechend aus. Einerseits wurden Beträge angefordert, weil wegen der mangelhaften Einrichtungen die Benützung des Platzes bereits zurückgegangen ist, andererseits wurde erklärt, es müßten Vereine, die dort üben wollten, abgewiesen werden, weil der Platz überlastet war. Wir forderten eine bessere Berücksichtigung der Arbeiter Sportvereine und protestierten dagegen, daß der Platz Charlottenburger und anderen Vereinen zur Verfügung gestellt wird, solange nach Vereine des Bezirkes abgewiesen werden müssen. Der Etat wurde schließlich einstimmig angenommen.

3. Bezirk — Wedding.

Die Bezirksverordnetenversammlung beschäftigte sich am Mittwoch, den 3. November, mit dem Haushaltsplan für das kommende Jahr. Hervorzuheben ist die Forderung nach Bewilligung von 1. Rate von 150 000 M. für die Erweiterung des Stadtbades Wedding. Es soll eine 3. Schwimmhalle errichtet werden, da das jetzige Stadtbad den Bedürfnissen des Bezirkes Wedding mit seinen 360 000 Einwohnern und seinen 72 Volksschulen bei weitem nicht genügt. Es wurde ferner beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, ein Wöchnerinnenheim im Bezirk Wedding zu errichten, damit die Krankenhäuser entlastet werden. Besondere Sorge erfordert das Wohnungsproblem in dem dichtbevölkerten Bezirk. 14 000 Wohnungsuchende sind zurzeit beim Wohnungsamt eingetragen, aber nur ungefähr 200 Wohnungen können monatlich vermittelt werden. Es würde also circa sieben Jahre dauern, bis dem leichten Wohnungsuchenden eine Wohnung zugewiesen würde. Darum fand der Antrag Annahme, für ungeheuren Bau von Ein- und Zweizimmerwohnungen Sorge zu tragen, die ohne Baukostenzuschuß an die Bevölkerung vergeben werden. Die Mieten für diese Wohnungen dürfen nicht höher sein, als die für gleichwertige Wohnungen in Häusern, die vor dem Kriege erbaut worden sind. Um dies zu ermöglichen, wird gefordert, die gesamte Hauszinssteuer für den Wohnungsbau zu verwenden. Das Bezirksamt wird ersucht, Wohnungen, die von städtischen Dienststellen in Anspruch genommen werden, schleunigt zu räumen.

EIN GUTER RAT:

*Nicht wahllos rauchen, sondern mit Bedacht!
Das heißt für wenig Geld eine Zigarette kaufen, an
der Sie Ihre helle Freude haben.*



*Das ist jetzt wieder FRITZI MASSARY,
die unvergleichliche 3 Pfennig-Zigarette,
die in ihrer neuen wundervoll mildsüßen
Geschmacksrichtung selbst den verwöhntesten
Raucher befriedigen wird. Ein Tabakfachmann
von europäischem Ruf überwacht nunmehr die
Herstellung der MASSARY-Zigaretten. Bitte
probieren Sie noch heute die FRITZI MASSARY
-erstaunlich, was hier für 3 Pfg. geboten wird!*

Es lebe die neu erstandene unvergleichliche

**MASSARY
PERLE 4⁸
MASSARY
DELFT 5⁸
MASSARY
RITTER 6⁸**

*in neuer Geschmacks-
richtung süß und mild,
in entzückenden Weihnachts-
Geschenkpackungen.*

FRITZI MASSARY-ZIGARETTE

*Das Erlebnis
für 3 Pfg*

In dem vorgelegten Haushaltsplan wurde namentlich vom Genossen Fendel bemängelt, daß die Ansätze für Jugendpflege viel zu niedrig seien. Sie wurden auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verdoppelt. Dagegen wurde von unserer Fraktion gefordert, die Entschädigung für die Wohlfahrtskommissions-Vorsitzer um 50 Proz. zu erhöhen. Genosse Bürgermeister Leib führte aus, daß die Abänderung der vom Kammerer aufgestellten Richtlinien erforderlich sei. Es müsse den Verhältnissen in den Vorbezirken, die durch die große Zahl der Kleinwohnungen, der Volksschüler und der Unterstützungsempfänger charakterisiert wird, Rechnung getragen werden. Um dem Haushaltsplan zur Annahme zu verhelfen, mußte die SPD für den kommunistischen Antrag stimmen, 1000 M. für die rote Hilfe zu bewilligen. Sodann wurde der Haushaltsplan gegen die Stimmen der Bürgerlichen Vereinigung angenommen.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Die letzte Bezirksversammlung des Bezirks Friedrichshain hatte nach Erledigung einiger nebensächlicher Dinge eine Anfrage der Deutschnationalen nach der Kontrolle der Handverpackung der Berliner Kinder zu beantworten. Der deutschnationale Lehrer Tretlin holte zur Begründung weit aus und glaubte feststellen zu müssen, daß nicht so sehr die Volkerverständigung als vielmehr die Verständigung des Volkes notwendig sei, wozu die Verschickung der Großstadtkinder auf das Land (wo sie oft mit schweren Arbeitsleistungen beschäftigt werden) vorzüglich dienen könne. Zur Kontrolle dieser Stellen aber habe man bisher trotz Versprechens des Bürgermeisters Mitglieder der deutschnationalen Fraktion nicht herangezogen. Im Auftrage des Bezirksamts erklärte Genosse Stadtrat Klotz, daß vom Bürgermeister ein solches Versprechen nicht abgegeben sei, da die Kontrolle der Handverpackungen von Vertrauensleuten, die der Zentrale unterstehen, ausgeübt werde und das Bezirksamt trotz verschiedener schon gestellter Anträge keinen Einfluß darauf habe. Im übrigen sei vom Jugendamt immer wieder an die Fraktionen das Erjuden gerichtet worden, ehrenamtliche Mithilfe zu leisten. Bisher wäre das nur von den beiden Fraktionen der Linken bereit gefunden. Es sei sonderbar, daß Herr Tretlin nur immer im Plenum mißtrauisch werde. Unser Redner, Genosse Theet, wies in der Besprechung darauf hin, daß den Deutschnationalen es bei der Frage der Handverpackung anscheinend nur auf die Billigkeit ankomme und sie diese Frage nicht als Frage der Zukunft unserer Jugend zu behandeln gewohnt sind. Bei der Darlegung einiger Methoden der Kinderausbeutung erfolgte bezeichnenderweise von rechts mehrfach der Zwischenruf: „Das ist doch gesund.“ Zu den Erwerbslosenfragen berichtete Genosse Schlienz von den Beschlüssen des Ausschusses, der nach kurzer Beratung feststellen mußte, daß die Mehrzahl der Anträge bereits durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung erledigt sei. Zur Ueberführung der Volksbibliotheken in den Innenbezirken in die Hände der Bezirke lag ein Antrag auf schnellste Kontrolle des Inhalts der Bibliotheken vor. Hierzu beantragte Genosse Theet, fortlaufend über die Ausgestaltung der Bücher zu berichten. Die beiden Anträge fanden Annahme. Zum Schluß wurden dann noch einige Anträge, die freie Fahrt für die Ausflüge Berliner Schüler und die Aufstellung von Warnungstafeln zur Vermeidung von Verkehrsunfällen wünschenswert, angenommen.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Die Bezirksversammlung vom 3. November nahm den Haushaltsplan an. Im Ausschuß wurde ein Zentrumsantrag auf Unterstützung des ehemaligen Ruhestellens, das heute Erbschule ist, mit 8 zu 7 Stimmen abgelehnt. Das Bild änderte sich im Plenum. 17 neue Anträge von der SPD. lagen vor und

auch das Zentrum brachte seinen im Ausschuß abgelehnten Antrag neu ein. Unsere Fraktion war für En-bloc-Akzeptanz des Haushalts, vorausgesetzt, daß keiner der 18 Anträge verhandelt werde. Die Rechte erzwang mit den Stimmen der SPD die Verhandlung der Anträge, behandelte dann nur den Zentrumsantrag und schließlich erzwangen die Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien die En-bloc-Akzeptanz des Etats unter Unterdrückung der kommunistischen Anträge. Der Zentrumsantrag wurde im Plenum genau so abgelehnt wie im Ausschuß. Alle Parteien stimmten darin überein, daß die Schloßbrückenfrage baldigst erledigt werden müsse und daß rechtzeitig mit Berlin über die Ausstellung von 1930 Frühling genommen werden müsse, damit nicht Charlottenburg vor vollendete Tatsachen gestellt werde. Zu diesem Zweck wurde ein ständiger Ausschuß bestellt.

8. Bezirk — Wilmersdorf.

In diesen Tagen hat unser Bezirksparlament die Bedarfsübersicht für den Bezirkshaushalt 1927 beraten und verabschiedet. Es war hierbei interessant zu beobachten, wie in den rechtsgerichteten Kreisen der ehemals so laute Ruf nach Dezentralisation angesichts der unfehlbaren Aufwärtsentwicklung auf allen Gebieten durch die Schaffung der Einheitsgemeinde immer leiser wird. — Unsere Genossen unterließen nicht, gelegentlich der Beratungen wiederholt auf die Unterlassungsünden der „guten, alten Zeit“ hinzuweisen, wo in unserem reichen Wohnbezirk wohl auf den Bau von Wohnpalästen, nicht aber auf die Erstellung von Kleinwohnungen für das Proletariat Wert gelegt wurde. Auch für ein Krankenhaus und ein Hallenschwimmbad waren damals weder Pläne noch Mittel vorhanden. Nun rächt sich das bitter: die sogenannten „bürgerlichen“ Kreise haben verlangt und verschärft sich jetzt hinter dürftigen Ausreden, und die Vertreter des Proletariats, die erst nach der Neuordnung der Dinge zu Worte gekommen sind, stehen vor leeren Reden! Wir mußten ferner kritisch hineinsehen in die private Vereinstätigkeit auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge. Angelehnt der bürgerlichen Mehrheit wurde unser Antrag, anstatt der reichen Zuwendungen aus kommunalen Mitteln an die unter dem Patronat des „Roten Kreuz“, der „saterländischen“ Frauenvereine und ähnlicher Institutionen befindlichen Organisationen diese sozialen Einrichtungen in städtische Verwaltung zu übernehmen, weil nur da eine neutrale Fürsorge ohne politischen und religiösen Einfluß gewährleistet ist, natürlich abgelehnt. — Ein geradezu klassisches Beispiel kleinlicher Kirchturnspolizei aber gaben die Rechtsparteien, indem sie den Betrag von anderthalb Millionen, der eingelegt worden war, um den — in dörflichem Zustande mit weitstädtischem Verkehr befindlichen — Verbindungsweg zwischen Kurfürstendamm und Messelände auszubauen, ablehnten. Sieht man etwa in diesen Kreisen jetzt schon Scheel auf die kommende Ausstellung 1930 und die damit zu erwartende Belebung des Wirtschaftslebens, die man doch auch auf das Konto der „neuen Zeit“ setzen muß, und will man nun vielleicht deshalb bremsen?

13. Bezirk — Tempelhof.

In der Sitzung der Bezirksversammlung vom 3. November wurde der Haushaltsplan für 1927 verabschiedet. Genosse Bürgermeister stellte eine Reihe von Anträgen, die bei der Einzelbesprechung größtenteils angenommen wurden. Er forderte eine Vorlage über die Auswirkung der Sparmaßnahmen für unseren Bezirk, ferner beantragte er, daß alle Abänderungsanträge in den Entwurf der Bedarfsanmeldung direkt einzutragen seien. Endlich bat er, dahin zu wirken, daß bei künftigen Bedarfsanmeldungen der Bezirksversammlung genügend Zeit zur Beratung gewährt werde und daß Unterstützungssachen schneller als bisher bearbeitet werden. Anträge der SPD., den jeweiligen Ausschuß der Erwerbslosen anzuerkennen, den Erwerbslosen Versammlungsräume bereitzustellen und bei Umzügen innerhalb des Bezirksamts statt der städtischen Arbeiter zur Erwerbslosen zu verwenden, verfielen der Ablehnung. Der

Magistrat wurde ersucht, die Ausführung des Entwurfs für den Schulhausneubau auf dem Tempelhofer Feld mit größter Beschleunigung zu betreiben. Dagegen soll beim Provinzialschulrat dahin gewirkt werden, die Pausen der 6. Volksschule und Mittelschule wieder gleich zu legen. Den Rektoren der Volksschulen soll eine Summe zur Verfügung gestellt werden, bedürftigen Kindern auch ohne schriftlichen Antrag freie Vermittelung zu gewähren. Für Kinderpflege wurde die Summe von 22 900 auf 48 410 M. erhöht. Die Zuschüsse zur Förderung der Jugendpflege wurden von 270 auf 3000 M. erhöht. Die Position für Jugendwanderungen wird auf 2000 M. erhöht. Die Sätze der Unterstützungsempfänger sollen um 50 Proz. erhöht werden. Ferner soll der Magistrat ersucht werden, die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu veranlassen, kleine Wohnungen zu bauen, die ohne Zuschuß vergeben werden können. Endlich wurde das Bezirksamt ersucht, den Bau eines Altersheimes zu betreiben und wegen eines modernen Feuerbestattens beim Magistrat vorstellig zu werden. Für die Riveaufkreuzung Großbeerenstraße—Staatsbahn werden 500 000 M. als erste Rate eingelegt. Der Antrag, dem Verein der Kinderfreunde 1000 M. zu bewilligen, wird dem Haushaltsausschuß überwiesen. Es wurden dann die Bedarfsanmeldungen angenommen. Der Antrag der SPD., öffentlich über den Plan einer Umgehungsstraße in Lichtenrade zu diskutieren, wird angenommen. Lichtenrade bedarf dringend der Straßenbahn. Die Anlieger der dazu notwendigen Straße fordern nun zum Teil so hohe Preise, daß ihr Verhalten einer Sabotage gleichkommt. Zwei Dringlichkeitsanträge, Tempelhof mit Rohrpost zu versehen und in Mariendorf dreimalige Besetzung zu veranlassen, wird zugestimmt. Eine dringliche Anfrage der SPD.-Fraktion über den Stand der Ausweitung von Dauerkleingärten konnte nur in ziemlich dürftiger Weise vom Bezirksamt beantwortet werden. Genosse Binte schilderte die Schritte der Zentrale in dieser Angelegenheit und war bemüht, die Siedler an der Reimbahn vor dem Schicksal zu bewahren, einem Lagerplatz weichen zu müssen.

15. Bezirk — Treptow.

Genosse Strieder führte in der letzten Sitzung den neu eingetretenen Bezirksverordneten, Genossen Hermann Rietke, in das Amt ein. Die Versammlung stimmte der Abänderung der Bezirksgrenze zwischen den Verwaltungsbezirken Treptow und Köpenick zu. Die Bezirksversammlung beschloß, das Bezirksamt zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß der Bahnausgang in Adlershof nach der Rudower Chaussee und der Bahnausgang Niederschöneweide nach der Johannisthaler Seite wie der Bahnausgang in Treptow nach der Parkseite wieder geöffnet werden. Die Bezirksversammlung ersucht ferner um Herstellung einer Straßenbahnverbindung zwischen Alt-Glienitz, Adlershof und Niederschöneweide. Genosse Becker wies darauf hin, daß in nächster Zeit zwischen Adlershof und Niederschöneweide eine große Eisenbahnwerkstätte errichtet werde. Die Arbeiter, die hier beschäftigt werden sollen, haben etwa 30 Minuten Weg zurückzulegen, ehe sie von der letzten Verkehrsmöglichkeit zu ihrer Arbeitsstätte gelangen. Es ist dringend notwendig, daß die beantragte Straßenbahnverbindung schnellstens hergestellt wird. Bürgermeister Grunow brachte den Etat für das Rechnungsjahr 1927 ein. Neben anderen Projekten für das Jahr 1927 nannte er folgende dringliche Arbeiten: Neubau einer Turnhalle in Niederschöneweide, Friedhofserweiterung in Baumgartenweg, Erweiterung des Krematoriums in Baumgartenweg, Reurklosterung der Wolfstraße in Oberschöneweide, desgleichen der Straße Am Treptower Park und der Großstraße in Treptow. Für die bauliche Vervollständigung verschiedener städtischer Häuser werden neue Mittel beantragt. Die Bürgersteigpflasterung in verschiedenen Ortsteilen ist vorgezogen. Der Vorschlag wurde dem Rechnungsausschuß zur Vorberatung überwiesen. Die Kommunisten beantragten, ein Mitglied des Bezirksamts zum Erwerbslosenrat zu entsenden. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Reichelt

importiert direkt allerersten Sorten,
besitzt modernste Röstereien,
bietet daher jedem Kunden Gewähr für einen

Kaffee

von wundervollem Aroma,
einer steten Gleichmäßigkeit und
von nicht zu übertreffender guter

Qualität

½ Pfund 2³⁰ 2¹⁰ 1⁷⁰ 1³⁰ Mk.

Bis Donnerstag, den 25. November
auf jedes halbe Pfund
zu 2³⁰ 2¹⁰ 1⁷⁰ Mk.

eine Tafel Qualitäts-Schokolade

Hände sprechen



Das Aussehen Ihrer Hände nach dem Waschen beweist Ihnen, wie rein und unschädlich SUMA ist.

SUMA, unsere neue Art Seife in pulverförmiger Form, ist ein leicht und gründlich reinigendes, vollkommenes Waschmittel.

SUMA enthält keinerlei bleichende Chemikalien oder andere schädliche chemische Bestandteile. In milder, natürlicher Wirkung macht es die Wäsche blendend rein!

SUMA ist deshalb zum Kochen der Weißwäsche sowie zur Reinigung von Wolle und aller farbigen Sachen ganz hervorragend geeignet.

Preis 50 Pfg.



SUMA

Sa 12 hergestellt durch die Erzeuger von LUX "Sunlicht" Mannheim

Die Finanzierung des Wohnungsbaues

Ablösung der Hauszinssteuer durch öffentliche Hypotheken?

Der gegenwärtigen Hauszinssteuer liegt der Gedanke zugrunde, daß der Hauseigentümer damit für denjenigen Teil seines Besitzes, der ihm durch die Inflation zugewachsen ist (der also einer Hypothekenaufwertung nicht unterliegt) sowie den anderen Teil aus seinem ursprünglichen Eigentümeranteil, der von der Entwertung verschont geblieben ist, steuerlich besonders belastet werden soll. Grundförmlich wird man — mit gewissen Einschränkungen — sagen können: Der Besitz oder vielmehr das Eigentumsrecht an Sachwerten, die in Grund und Boden sowie in Hausgrundstücken bestehen, ist durch die Inflation zu 75 vom Hundert der Allgemeinheit als Anspruchsrecht zugewachsen. Reichsgeförmlich ist das bisher damit zum Ausdruck gekommen, daß den Hypothekengläubigern nur ein Aufwertungsrecht von 25 vom Hundert zuerkannt worden ist. Was den Hypothekengläubigern recht ist, muß den Haus- und Grundbesitzern billig sein, das um so mehr, als die Sparkassengläubiger und anderen Sparer noch viel schlechter abgefunden werden.

Nach einer Auf- bzw. Abwertung von 25 vom Hundert werden allerdings nicht in allen Fällen auch noch 75 vom Hundert als Sachwert verbleiben, wenigstens so lange nicht, als z. B. die Miete für Altmwohnungen erst auf 100 v. H. festgesetzt ist. In solchen Fällen wird kaum anderes übrigbleiben, als den Verlust bzw. Abnutzungs Wert zu Lasten der Allgemeinheit, also der öffentlichen Hand, zu nehmen. Andererseits kann aber auch jeder etwaige weitere Wertzuwachs, der z. B. durch weitere Mieterhöhungen entsteht, nur der öffentlichen Hand zuwachsen.

So muß jeder gerecht Denkende sich grundsörmlich einstellen. Die Hauszinssteuer ist, wie schon bemerkt, mit einer solchen Einstellung zu verteidigen, obgleich sie den Grundbesitz selbst nicht immer folgerichtig durchföhrt, ihn vielmehr oft genug bedenklich durchbröcht.

Nun ist schon früher die Frage erörtert worden, ob es nicht zweckdienlicher sein würde, das Ankaufsrecht der öffentlichen Hand statt steuerlich, lieber dadurch geltend zu machen, daß auf die Grundstücke öffentliche Hypotheken eingetragen werden, die dann — als Tilgungshypotheken — entsprechend zu verzinsen wären. Hierbei würde man zweckdienlich die Höhe der öffentlichen Hypothek nicht etwa durch einfache Kapitalisierung der Hauszinssteuer festzustellen haben, sondern vielmehr durch eine Neuermittlung des gemeinen Werts, unter Abzug von 25 v. H. zugunsten des Eigentümers, nach Hundertföhren der Vorkriegszeit. Sollten später die Mietpreise über 100 v. H. der Vorkriegszeit steigen, so würden keine entsprechenden Nachtragungen erfolgen brauchen, sondern es würde m. E. genügen, daß man einfach den Zinsfuß dieser öffentlichen Hypotheken entsprechend heraufsetze. Nachtrags- oder Zusatzhypotheken würden allerdings wohl dann notwendig werden, wenn man die Hypotheken selbst verpfänden will, also bei Ausgabe von Hypothekenspandbriefen.

Wie gesagt, ist die Frage einer Ablösung der Hauszinssteuer schon früher Gegenstand von Erörterungen gewesen, die aber infolge der Inflation wieder abgesetzt werden mußten. Nachdem unsere Geldwöhrtung sich wieder geföhrt hat und nachdem durch das Interesse der weitföhrtigeren Haus- und Grundbesitzer allmählich darauf gelenkt wird, ist es nur erklärlich, daß die Erörterung neuerdings wieder in Fluß kommt. In der „Bauwelt“ haben jüngst zwei auch volkswirtschaftlich bewanderte angesehenen Banarchitekten sich vom Standpunkt des Hausbesitzers und einer Förmderung der Wohnbautätigkeit dafür erklärt, daß die Hauszinssteuer durch öffentliche Tilgungshypotheken abgelöst werden sollen. Und auf dem kürzlich in Stettin abgehaltenen Städtetage erklärte sich nach einem Vortrag des Präsidenten Dr. Mukerl die ganze Tagung ebenfalls für diesen Gedanken.

Gewiß, solange es sich in der Hauszinssteuer um eine öffentliche Steuerlast handelt, ist die Eintreibung vielleicht sicherer, weil die Steuer sich wie eine Verzinsung einer erstföhrtigen Hypothek auswirkt, die nie gefährdet ist. Die Steuererhebung ist aber auch sehr kostspielig, was von der Zinsleistung nicht gesagt werden kann; letztere verursacht bei der Vereinnahmung der öffentlichen Hand kaum Aufwendungen. Allerdings muß ein Risiko eingegangen werden, das sich aus der Lehtstelligkeit der öffentlichen Hypothek — nach einem vorausgehenden privaten Hypothekenbelastungsrecht in Höhe von 25 v. H. des gemeinen Werts (vergleiche oben) — ergibt. Dieses Risiko darf aber gern eingegangen werden, denn es ist bereits jetzt sicher, daß der schließliche Beharrungs Zustand von Werten des Wohnraums über 100 v. H. des Vorkriegswertes liegen wird, vielleicht bei 110, vielleicht auch bei 120 oder gar 130.

M. E. liegt es im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, auch im Interesse einer Förmderung des Wohnungsneubaus und nicht im gegensörmlichen Interesse der Mieter und der Arbeiterschaft, die besprochene Angelegenheit in der empfohlenen Weise geföhrt zu regeln. **Otto Albrecht.**

Sparkassen und Kleinwohnungsban.

Der Ausschuß für das Sparkassenwesen beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband fahte in seiner Sitzung am 3. November folgende Entschliehung:

1. Die möglichen weitgehende Förmderung des Kleinwohnungsbaus zur beschleunigten Beseitigung der gegenwärtigen Wohnungsnot ist eine der dringendsten Aufgaben der Sparkassen. Zusammen mit den sonstigen Hypotheken sollen die Sparkassen hierfür entsprechend dem Beschluß des Augsburger Sparkassenkongresses vom 6. September 1926 innerhalb der sachungsmäßigen Grenzen Hypotheken bis zu 40 Proz. ihrer eigentlichen Spareinlagen — außer den Hauszinssteuerhypotheken — zu möglichen günstigen Bedingungen zur Verfügung stellen.

Auch über die normale Beleihungsgrenze hinaus sollen die Sparkassen, soweit es zur Finanzierung dringend notwendig ist, den Wohnungsban in sachungsmäßigen Grenzen unterstützen. Insbesondere können sie den Gemeinden innerhalb des gesetzlichen Rahmens — in Preußen zurzeit 35 Proz. — Gelder zur Gewöhrtung von zweiten Hypotheken zuleiten. Auch können die Sparkassen selbst Zusatzhypotheken ausgeben, sofern eine sichere Bürgschaft im Rahmen ihrer Sachung übernommen wird.

Voraussetzung der Wohnungsbaukredite muß sein, daß der Bauherr über ein angemessenes Eigenkapital (mindestens 10 Proz. des Friedensbauwertes) verfügt oder daß eine weitergehende sachungsgemähe Bürgschaft übernommen wird.

2. Die öffentlichen Sparkassen sind ihrer Zweckbestimmung entsprechend diejenigen Stellen, die berufen sind, in enger Föhrtung mit ihren Gemeinden und allen beteiligten gemeinnöhrtigen Einrichtungen das Sparen und Eigenkapital für den Wohnungsban zu organisieren:

- a) für Sparer, die regelmäßig aus ihrem Verdienst für eine Wohnung sparen,
- b) für Kinder, deren weitföhrtende Eltern regelmäßig Spareinlagen für die demnächstige Wohnung oder Aussteuer der Kinder anfangeln.

Dieser auf lange Sicht geübten Sportätigkeit könnte durch höheren Zins oder Prämien ein dauernder Anreiz gegeben werden.

Von langer Hand vorbereitet, würden so Mittel für den zukünftigen Wohnungsban systematisch und rechtzeitig angefangelt werden.

Ein Unterausschuß wird beauftragt, weitere Richtlinien hierfür auszuarbeiten.

Die vielzuvielen Direktoren.

Auch ohne statistisches Material ist es für jeden volkswirtschaftlichen Beobachter nicht schwer festzustellen, daß für die Unternehmer die praktische Durchföhrtung der Rationalisierung in erster Linie in einem Abbau der Angestellten und Beamten besteht. Die Leitung der Unternehmungen wurde beim Abbau fast völlig verschont. Bei einzelnen Unternehmungen konnte zahlenmäßig ein derartiger Beweis geföhrt werden. Ihn zu einem volkswirtschaftlich gültigen Sach zu erheben, dazu war das Material nicht umfangreich genug. Daß es der VFA-Bund durch Umfrage unter seinen Mitgliedern ergänzte, ist ein gar nicht hoch genug zu veranschlagendes Verdienst, selbst wenn die Untersuchungsbasis immer noch schmal genug bleibt. Auch hier fehlt nicht der Widerstand der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberver-

bände, die in der Beantwortung der Fragebogen, welche der VFA-Bund seinen Mitgliedern zusandte, einen Verrat von Betriebsgeheimnissen erblicken zu können glauben. Wie wenig haben alle deutsche Unternehmer doch von Amerika gelernt, wenn sie meinen, jeden Betrieb mit einem Drahterhau umgeben zu können, den zu beseitigen dem bösen Konkurrenten, dem noch böseren Arbeitnehmer und der Arbeitnehmerpresse die größten Schwierigkeiten entgegengestellt werden mühten. Die in 690 Betrieben veranstaltete Umfrage erstreckte sich auf drei Hauptfragen: 1. Zahl der leitenden Angestellten, getrennt nach Direktoren, Prokuristen und sonstigen leitenden Angestellten. 2. Zahl der übrigen Angestellten. 3. Zahl der Arbeiter.

Die nachfolgende Tabelle, die einem Artikel von Dr. Otto Suhr im Novemberheft der „VFA-Bundzeitung“ entnommen ist, zeigt

deutsch die Verchiebung zwischen Belegschaft und Leitung in den Jahren 1913, 1925 und 1926:

Untersuchungsgebiet	Zuf 100 Arbeitnehmer kamen leit. Angestellte		
	1913	1925	1926
Waggonindustrie	11	0,9	1,3
Textilindustrie	90	1,2	2,2
Eisen-, Hoch- und Bröckenbau	10	1,3	2,5
Maschinenbau	45	1,4	1,9
Metallindustrie (versch. Branch.)	28	1,6	1,9
Elektroindustrie	10	3,0	2,4
Chemische Industrie	13	2,3	2,8
Schuhindustrie	54	1,4	1,8
Verlehtgewerbe	11	4,8	7,1
Großhandel	15	8,7	8,6
Einzelhandel	23	4,3	4,2
Verlehtgewerbe	11	6,6	10,9
Buchhandel, Druckerei, Verlag	15	5,6	5,9
Verlehtene Unternehmen	28	3,4	3,3

Die Statistik spricht geradezu Bände über die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Ganz besonders muß es auffallen, daß so notleidende Industriezweige wie die der Waggon- und Textilindustrie einen beachtlich hohen Etat für die leitenden Angestellten aufwenden müssen. Nicht bloß, daß die Betriebe eine gegen 1913 ganz betröchtlich erhöhte Anzahl von leitenden Angestellten aus der Inflationszeit (1925) mit übernommen hatten, sie haben noch 1926 ihren Generallstab vermehrt, ähnlich liegen die Verhältnisse in der Zigarettenbranche.

Warum wird hier nicht der Oeffentlichkeit Klarheit gegeben? Das könnte mit Leichtigkeit geschehen, wenn in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung beim Unkostenetat die Gesamtbeträge für die tariflich bezahlte Belegschaft getrennt von denen der übertariflich bezahlten aufgeföhrt würden. Wenn sich die Gesellschaften hüten, derartige Sonderrechnungen aufzumachen, so zeigt dies die Scheu vor der Kritik. Die Unternehmer wollen nicht vor aller Welt bloßlegen, daß sie es noch nicht fertig gebracht haben, ihre Betriebe von diesen Inflationsföhnden zu reinigen.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 10. November berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 3. November um 1,1 Proz. auf 133,0 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse bei steigendem Getreidepreis um 1,6 Proz. auf 133,5 und die Industrierstoffe leicht auf 122,3 angezogen.

Jeha Jahre öffentliche Kraftverförmung der Provinz Brandenburg. Eine gewaltige Entwicklung der öffentlichen Kraftverförmung und -verförmung der Provinz Brandenburg läßt der spät erschienene Bericht der Märktischen Elektrizitätswert. A. G. Berlin erkennen, die seit 1915 von den brandenburgischen Stadt- und Landkreisen beherrscht wird und in deren Ausschußrat auch das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswert vertreten ist. Es betragen:

	1915	1925
Größe des versorgten Gebiets	14 500 qkm	34 800 qkm
Verförmte Städte u. Ortschaften	325	3 066
Verförmung eigener Kraftwerke	24 500 KW	105 000 KW
Hochspannungsleitungen	1 955 km	9 246 km
Stromabfah	54 Mill. KW.Std.	283 Mill. KW.Std.

In diesen 3 Jahren ist Groß-Berlin nur mit einem sehr geringen Bruchteil beteiligt; der Hauptteil der Steigerung entfällt auf die Provinz. Die Ausdehnung in den beiden letzten Jahren ist besonders stark: sie betrug 1924 gegen das Vorjahr 21,3 Proz. des Stromabfahes und 1925 gegen 1924 sogar 26,5 Proz. Sie läßt den Uebergang zu rationaler und bequemer Kraftverwendung in der Provinz seit der Stabilisierung ganz besonders deutlich werden. Einen großen Fortschritt bedeutet die vollständig eigene Kraftverförmung aus der Braunkohlengrube Finkenheerd, die im Jahre 1925 noch durch den Erwerb der Wehrheit der Finkenheerd benachbarten „Rurhischen Braunkohlwerke A. G.“ erweitert und auf Jahrzehnte hinaus gesichert wurde. Die Bilanz zeigt ein fast zu glänzendes Bild. Die 12,31 Mill. Bruttogewinn, die 6,76 Mill. Abschreibungen legen den Gedanken nahe, daß der Kraftverbrauch durch Verbilligung noch mehr gesteigert werden könnte. Als Reingewinn werden 2,48 Mill. ausgewiesen, aus denen (wie 1924) an die öffentlichen Aktionäre 8 Proz. Dividende kommen. Das Kapital beträgt 30 Millionen Mark.

Eine neue Automobilbank. Unter der Firma Württembergische Automobilbank A. G., Stuttgart ist eine neue Kraftfahrzeugversicherung- und Finanzierungs-gesellschaft mit einem Grundkapital von 250 000 M. unter Beteiligung der Stuttgarter Verein Versicherung A. G. errichtet worden. Als besonderer Gegenstand des Unternehmens wird die Finanzierung von Käufen und Verkäufen von Kraftfahrzeugen durch Kreditgewöhrtung, die Vermittlung von Versicherungsgeschäften, insbesondere auf dem Gebiete der Kraftfahrzeugversicherung angegeben.

Verichtigung zum Reichsbankausweis. In der Notiz vom 11. November ist irrümlich als Goldbestand die Summe von 2149,5 Mill. angegeben worden, eine Summe, in der die 412,6 Mill. deckungsföhige Devisen eingeschlossen sind. Der Goldbestand der Reichsbank wuchs zum 6. November tatsächlich nur auf 1737,0 Millionen.

Neue Mischung



Neue Packung

Angewöhntliche Milde und doch Charakter fordert der moderne Raucher von einer guten Zigarette. In unserer neuen

OBERST 5s

findet dieses Verlangen eine überraschend glückliche Lösung.

Waldorf-Astoria
Zigarettenfabrik A. G.

Reichswehr, Republik, Feme.

Die Staatsausprache im Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die allgemeine Aussprache über den Nachtragsetz fort.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Bgg.) führt aus, daß sich die Sparpolitik des Reichsfinanzministeriums mit dem Ankauf des „Kaiserhoofs“ schlecht vereinbaren. Dadurch würde der Behördenapparat nur noch erweitert werden. Der Redner verlangt dann eine gründliche Reform im Veranlagungswesen. Die Grund- und Gewerbesteuer ständen im schärfsten Gegensatz zu den staatssozialistischen Gedanken, die der Reichsfinanzminister geäußert habe. Die Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Marx in Erfurt gegen die Wirtschaftspartei seien ungehörig gewesen. Die Regierungsparteien hätten in letzter Zeit so ungeschickt operiert, daß sie sich über die ganz unmöglichen Abstimmungsergebnisse nicht beklagen dürften.

Die Wirtschaftvereinigung könne sehr gut mit einer Arbeiterpartei zusammenarbeiten, aber sie werde immer daran festhalten, daß ein gesunder Mittelstand die Voraussetzung für ein gesundes Staatswesen sei. (Beifall bei der Wirtsch. Bgg.)

Abg. Kube (Wirtsch. Bgg.) wünscht, daß das Redeverbot gegen Hitler aufgehoben werde, denn wir leben doch jetzt in einem freien Staat. Der Redner führt dann des längeren aus, daß die Sozialdemokratie die Revolution herbeigeführt und dadurch den Zusammenbruch herbeigeführt habe, Wilhelm sei daran unschuldig. Die mit großem Stimmensvorsprung vorgetragene Rede, die sich mit allem Möglichen nur nicht mit den auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen befaßt, erregt wiederholt stürmische Heiterkeit.

Abg. Robert Schmidt (Soz.)

verwahrt sich dagegen, daß einmal die Republik die Zustimmung des geschwägigen Herrn Kube und seiner württembergischen Gemeindepresse finde. (Zustimmung links.) In der deutschnationalen Presse hat der Generaloberst v. Seeckt durchaus nicht das ungeheilte Lob gefunden, das ihm hier Herr Lindeiner-Bildau ausgesprochen hat. Die Entlassung Seeckts müßte erfolgen, nachdem er die Verantwortung für verfassungs- und gesetzwidrige Vorgänge übernommen hätte. Das war ja gerade das Unheil des alten Systems, das das autokratische Regiment der Militärs sich eine Stellung angeeignet hatte, die es zu einem Fremdkörper bei der Volksmacht. Auch heute gehen die Bestrebungen bei der Reichswehr dahin, sie in einen Gegensatz zur Republik und damit zum Volke zu bringen. Obwohl in der Öffentlichkeit immer darauf hingewiesen worden ist, daß der Heereserlass aus nationalistischen Kreisen und besonders von den Wehrverbänden genommen wird, hat der Reichswehrminister bisher noch nicht eingegriffen. Mehr und mehr drängt jetzt wieder in den Offizierskorps die Tendenz durch, sich aus bestimmten gesellschaftlichen Kreisen zu ergängen, die für sich selbst ein Recht auf die Befehle der Offiziersstellen in der Reichswehr beanspruchen.

Dadurch wird eine Kluft zwischen Reichswehr und dem Volke geschaffen, die wir aufs schärfste bekämpfen. In unserer Republik müssen Volk und Heer eins sein.

Herr v. Lindeiner hat darauf hingewiesen, daß im Jahre 1918 das Offizierskorps besondere Aufgaben ausgeführt habe. Aus diesem Grunde diese Erinnerung zu hören, berührt uns sehr eigenartig. Jeder, der der Republik Dienste leistet, wird unsere Anerkennung finden. Aber wo sind heute die Offiziere, die damals der Republik gedient haben? Sie sind verschwunden, sie sind hinausgedrängt worden. (Sehr richtig bei den Soz.) Der deutschnationalen Redner ist jetzt von der Atmosphäre, wie sie sich in Landsberg gezeigt hat, abgerückt. Aber Jahre müßten vergehen, ehe überhaupt in diese dunklen Kreise hineingeleuchtet werden konnte. Man hat alle nur möglichen Versuche gemacht, um zu verhindern, daß die Öffentlichkeit sich damit beschäftigt. Heute rücken Sie (zu den Deutschnationalen) von den schleichenden Worten der Feme ab. Aber aus Ihren Kreisen werden jetzt selbst noch vielfach Stimmen laut, aus denen deutlich zu erkennen ist, wie unangenehm Ihnen die Aufdeckung dieser Dinge ist. Auch bei den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses in München ist dieses aufgedeckt worden, was bisher der Öffentlichkeit vorenthalten worden war.

Es wäre außerordentlich zu bedauern, wenn die ganze bayerische Justiz so aussähe, wie diejenigen Herren, die vom Untersuchungsausschuss des Reichstags in München vernommen worden sind.

Nach in den letzten Tagen ist ja in der „Deutschen Zeitung“ gesagt worden, daß die Leute, die in Landsberg abgeurteilt worden sind, mit ihren Taten dem Vaterland gedient hätten und daß die Verantwortung dafür nicht sie, sondern andere trügen. Ja, manche Schuldige haben sich verdedt, die Mitverantwortung haben andere, die mittelbar oder unmittelbar mit den Angeklagten in Verbindung gestanden haben. Herr v. Lindeiner hat gesagt, daß man auch das Milieu berücksichtigen müsse, in denen die Angeklagten von Landsberg aufgewachsen und jahrelang gelebt hätten.

Aber in dieser Zeit der wirtschaftlichen Not werden viele Tausende von Angehörigen und Arbeiter aus ihrer Lebensbahn herausgeworfen, ohne daß man, wenn sie sich Verfehlungen zuschulden kommen lassen, das als Entschuldigung gelten läßt, was Sie jetzt für die Fememörder von Landsberg vordringen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Redner wendet sich dann gegen eine optimistische Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die augenblickliche günstige Finanzlage sei doch nur durch den Wehreinengang an Zöllen verursacht worden und das bedeute eine neue Belastung der minderbemittelten Klassen, eine Verschlebung der Belastung zugunsten der direkten Steuern. Ich habe sehr große Bedenken, ein sicheres Urteil über die kommende Gestaltung der Wirtschaft auszusprechen. Wenn der englische Streit vorüber ist, dann wird das lebende Element nicht nur für den Bergbau und die Eisenindustrie, sondern auch für andere

große Industriezweige fehlen. Eine um so größere Rolle wird dann die Frage der Arbeitsbeschaffung spielen.

Der Weg, der bisher eingeschlagen worden ist, um die Wirtschaft zu beleben, die Gewährung von Subventionen und Krediten muß große Bedenken erregen.

Wir können dafür nicht unausgesetzte Mittel beanspruchen, die über unsere Leistungsmöglichkeit hinausgehen. Gegen diese Art der Belebung der Wirtschaft haben wir bereits im Ausschuss die stärksten Bedenken vorgebracht. Es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um die erwerbslosen Arbeiter wieder in den Produktionsprozess hineinzuführen, damit stehen aber im Widerspruch die Bestrebungen, Ueberstunden leisten zu lassen. Alle Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung müssen so beschaffen sein, daß ihr sozialer Zweck deutlich erkennbar ist. (Sehr richtig bei den Soz.) Die Kreditmaßnahmen der Reichsbank zur Zeit der Stabilisierung der Währung haben unsere Zustimmung gefunden. Wir sind aber nicht damit einverstanden, daß die Kreditmöglichkeiten noch immer so außerordentlich beschränkt bleiben. Dann der Kreditpolitik der Reichsbank machen sich besonders bei den Großbanken Regimen bemerkbar, die außerordentlich bedenklich sind. Der Kreditnehmer wird in seinen Unternehmungen ungeheuer beschränkt, er kann den Kredit gar nicht ausnutzen. Die durch die falsche Kreditpolitik der Reichsbank herbeigeführten Zustände verzögern den Aufbau der Wirtschaft.

Wir müssen zu einer weiteren Lockerung des Kreditwesens kommen und die Reichsbank ist sehr wohl in der Lage, in die heutige Praxis der Großbanken und auch der anderen Privatbanken wirksam einzugreifen.

Die Folge des heutigen Kreditwesens ist, daß das Geld nicht in die Produktion, sondern zum großen Teil in die Spekulation geleitet wird. Es ist geradezu ungeheuerlich, in welcher Weise in der letzten Zeit die Kurse in die Höhe getrieben worden sind. In kurzer Zeit sind dort jene Vermögen wieder eingestürzt worden, die die Sparer verloren haben. (Sehr richtig bei den Soz.) Die Anleihen der Kommunen waren gewiß wirtschaftlich nicht immer gerechtfertigt. Aber deren Ueberwachung führt doch dahin, daß die ausländische Konkurrenz ausgeschaltet und den Gemeinden untragbare Forderungen auferlegt werden. Gegenüber der Behauptung des deutschnationalen Redners, daß die Beamten heute in ihrer Freiheit beengt würden, weist der Redner an einem Erlaß aus dem Jahre 1882 nach, wie sehr die Meinungsfreiheit der Beamten in der kaiserlichen Zeit unterdrückt worden ist und wie sie durch Treueid auf den damaligen Staat verpflichtet wurden. Die Republik verlangt nichts anderes, als daß auch heute die Beamten dem Staate gegenüber ihre Pflicht tun. Und wenn Sie (zu den Deutschnationalen) heute als Vertreter der Beamenschaft auftreten, dann bedauern ich diejenigen Beamten, die noch immer glauben, daß unter Ihrer Herrschaft eine größere Freiheit für sie zu erwarten sei. (Sehr wahr bei den Soz.) Auch den Beamten gegenüber verlangen wir die größte Gerechtigkeit. Auch für sie haben wir unsere Forderungen aufgestellt, die die Arbeitslosigkeit beseitigen und uns aus den heutigen unerträglichen Verhältnissen hinaus führen sollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Gegen 4 1/2 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung auf Freitag nachmittags 3 Uhr. Außerdem steht auf der Tagesordnung: Abkommen mit Finnland und Lettland, erste Lesung des Krisenfürsorgegesetzes.

Städtebaugesetz für Preußen?

Erste Beratung im Landtag. — Reichsgesetzlicher Bauarbeiterzuschuss einstimmig gefordert.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Landtagssitzung stand die erste Lesung des neuen Städtebaugesetzes.

Wohlfahrtsminister Hirtler

begründet die Vorlage mit der Notwendigkeit, zur Befundung des Wohnungswesens etwas Durchgreifendes zu tun. Es müsse Vorsorge getroffen werden, daß rechtzeitig einzelne Flächen für den Verkehr oder die Erholung vorbehalten werden könnten. Es handle sich um keine Sozialisierung, keine grundsätzliche Erweiterung des Enteignungsrechtes, sondern nur um das Festhalten an dem alten preussischen Grundgesetz staatlicher Baubestimmungen. Diese Regelung habe der Landtag im Jahre 1920 mit großem Erfolg bereits für den Ruhrkohlenbezirk geschaffen und müsse sie nun auf ganz Preußen ausdehnen, als eine bedeutsame Grundlage für den Wiederaufstieg des deutschen Volkes. (Beifall.)

Abg. Veinert (Soz.)

Recht spät hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß es auf dem Gebiet des Städtebaues nicht mehr so weitergeht wie bisher, daß nämlich alle gesundheitlichen und verkehrspolitischen Rücksichten zurückstehen hinter den rein privaten Interessen der Boden Spekulation. Aber freilich wäre das frühere Dreiklassenparlament, völlig beherrscht von den Interessenten, zur Schaffung eines vernünftigen Städtebaugesetzes gänzlich unfähig gewesen. Erst durch die Entwicklung während des Krieges und erst durch diesen Landtag sind die sozialen Interessen soweit in den Vordergrund gerückt, daß dieser Gesetzesentwurf überhaupt möglich wurde.

Dabei werden wir zu prüfen haben, ob nicht über diesen Entwurf hinaus eine wesentliche Erweiterung des Enteignungsrechtes und eine wesentliche Einschränkung der privaten Bodenausnutzung volksgesundheitlich notwendig ist. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.)

Das alte preussische Fluchtliniengesetz von 1873 hat die wirtschaftlichen Unternehmungen von allen Anliegerbeiträgen befreit und den Städten keinen Einfluß auf die Bauentwicklung gegeben. So ist der Bevölkerung, die im Häusermeer der Großstädte zusammengedrängt ist, nahezu das Bewußtsein verloren gegangen, daß der Grund und Boden auch noch einen anderen Verwendungszweck hat als den Bau von Mietskasernen. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß in dem neuen Städtebaugesetz ein wirksamer Schutz der Grünflächen erreicht wird. Auch die Eingemeindungen müssen in dem neuen Entwurf eine viel rationellere Grundlage erhalten als sie bisher hatten. Bisher sind die Bebauungspläne der Großstädte durch die Vororte geradezu verbaut worden, so z. B. die großen Ausfallstraßen für Berlin, die

bereits bei der Gewerbeausstellung von 1896 als notwendig erkannt worden waren.

Bei Aufstellung der künftigen Bebauungspläne liegt der Entwurf der Befragung der Handelskammern und Landwirtschaftskammern vor. Warum nicht auch der Gewerkschaften und der Bauvereinigungen?

Die überragende Stellung, die der Entwurf dem Bezirksausschuss gibt, beeinträchtigt die Selbstverwaltung. Keine Rede darf davon sein, daß, wenn ein solcher Bauplan den Wert der Grundstücke mindert, eine Entschädigungspflicht der Öffentlichkeit konstruiert wird. Nur umgekehrt muß, wo der Bebauungsplan zu einer erheblichen Wertsteigerung führt, eine durchgreifende wirksame Wertwachstumssteuer eingeführt werden. Ob die staatliche Baupolizei in dem bisherigen Umfang aufrecht erhalten werden muß, bedarf durchaus der Nachprüfung. Die Architekten der Städte haben sich in Lässigkeit und Erkenntnis der künftigen Entwicklung gegenüber den Baumeistern der Bezirksregierungen nicht als minderwertig erwiesen. Wir werden an der Fertigstellung des Gesetzes im Geiste der Selbstverwaltung und der Förderung planmäßiger Wohnungswirtschaft gern mitarbeiten. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schluske (Dnat.): Trotz mancher Fortschritte stehen wir dem Entwurf mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Denn er ist eine Gefahr für das in der Reichsoberaufsicht garantierte Privateigentum.

Abg. Dr. Falk (Dem.): Wir begrüßen den Gesetzesentwurf, der neuzeitige Gedanken in zwingender Form bringt. Von Entscheidungen sollte man nach Möglichkeit Abstand nehmen; wenn es aber nicht anders sein kann, muß volle Entschädigung erfolgen.

Der Entwurf wird einem besonderen Ausschuss von 29 Mitgliedern überwiesen.

Die namentliche Abstimmung über den deutschnationalen Antrag, bei Zusammensetzung der Verwaltungsausschüsse von öffentlichen Arbeitsnachweisen den Landbund als wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des Arbeitsnachweisgesetzes zu behandeln, ergibt die Beschlusfähigkeit des Hauses. Der Gegenstand wird von der Tagesordnung abgesetzt.

In der nun folgenden Beratung des Hauptauschussesantrages, betreffend die Bauunfälle auf der Gesele-Düsseldorf und auf dem Großkraftwerk Rummelsburg macht zunächst Abg. Paul Hoffmann (Komm.) die Rationalisierung für die Steigerung der Unfälle verantwortlich.

Abg. Drügelmüller (Soz.):

Die Unfälle auf dem Großkraftwerk Rummelsburg sind ohne Zweifel auf ungenügende Bauaufsicht zurückzuführen. Kurze Zeit vor dem großen Unglück ist bei einer Revision die Bauleitung auf die mangelnden Schutzvorrichtungen hingewiesen worden. Die Unternehmungen haben auch nicht die nötige Sorgfalt bei der Auswahl genügend geschulter Arbeitskräfte geübt; ihnen ist ein großer Teil der Verantwortung an den Unfällen zuzuschreiben. Der herabgestürzte Kran hat zwölf Stunden in den Seilen gehängt, die dadurch überanspruch wurden. Dadurch sind drei blühende Menschenleben vernichtet und drei Personen schwer verletzt worden. Die schwebende Kranbrücke ist überhaupt nicht gestützt gewesen. Genügende Bauaufsicht hätte dieses Unglück verhindern können.

Was geschieht überhaupt auf dem Gebiete der Bauaufsicht?

Aus den Berichten der Berufsgenossenschaft geht hervor, daß die Kontrolle durchaus ungenügend ist. Es ist also vermehrte Bauaufsicht notwendig. In den Berichten ist nachgewiesen, daß Betriebe zur Anbringung von Schutzvorrichtungen erst gezwungen werden mußten. Die Baukontrolleure sind in den meisten Fällen gar nicht beauftragt, auf Grund der geltenden Bestimmungen die Abstellung der Uebelstände zu erzwingen. Wenn ihre Kontrolle wirksam werden soll, müssen sie unbedingt Vollzugsgewalt erhalten. So unterliegen behördliche Bauausführungen überhaupt nicht der Aufsicht der Bauaufsicht. Sie müssen deshalb künftig ebenfalls unter die sonst geltenden Bestimmungen des Bauarbeiterzuschusses gestellt werden. So hat die Reichsbahn Altona sich in einem Falle der Anweisung energisch widersetzt, dringend erforderliche Schutzvorrichtungen zu schaffen. Wir fordern reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterzuschusses, auf die die Bauarbeiter schon lange warten. (Bravo! links.)

Ein Regierungsvorsteher stellt die reichsgesetzliche Regelung für die nächste Zeit in Aussicht. Im übrigen gibt er zu, daß das Uebel nicht in den Vorschriften selbst, sondern in deren mangelnder Durchführung liegt.

Der Hauptauschussesantrag, der reichsgesetzliche Regelung und von den Behörden die Durchführung der geltenden Bestimmungen fordert, wird darauf einstimmig angenommen.

Das Haus verläßt sich auf Freitag, den 12. November, vormittags 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. der sozialdemokratische Antrag über die Förderung des Wohnungsbaues im Jahre 1927.

Geschäftliche Mitteilungen.

Wo kauft man Kredit? Das ist die Frage, die gegenwärtig in Berlin (den Käufer befragt). Es gibt seit Jahrzehnten in Berlin ein Unternehmen, das allen Kreisen der Bevölkerung, dem Mittelstand, den Angehörigen wie den Arbeitern alle eventuellen Bedürfnisse bietet. Hier gibt es keine besonderen Aufwände, keine erschwerenden Formalitäten! Jedes Geschäft wird strengstens abgehandelt, bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit wird unentgeltlich Stundengeld bezahlt. Ein solches Haus ist das seit 40 Jahren bestehende Kredithaus A. Dammitt, Berlin, Rosenfelder Str. 46-47. Der Kunde erhält alle Waren mit einer Anzahlung von ein bis zwei und acht Monatsraten. Dabei mit niedriger Anzahlung bei einem Ziel bis zu 18 Monaten. Bauspar- und Restkaufstellen ohne Anzahlung. Kunden, die seit Jahrzehnten in dem Hause kaufen, können die Treue belohnen, Qualität und Anhang beschaffen. Ein Kunde empfiehlt sich auch. Der Einkauf bei dieser ausgezeichneten Firma kann nur empfohlen werden.

Weiterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgebung. (Nachdr. verb.) Zeitweise neblig, sonst trocken und ziemlich heiter, in den Tagesstunden wieder mild. — Für Deutschland: Im Nordwesten wolfiges, sonst heiteres und trockenes, nur vereinzelt nebeliges Wetter; in den Tagesstunden überall mild.

San.-Rat Lungentee mit Nährsalzen seit Jahrzehnten bei Lungenleiden, Asthma, Brust- und Lungen-Katarrhen, Husten, Heiserkeit u. Verschleimung der Atmungsorgane, selbst in schweren Fällen, bestens bewährt und empfohlen. Prospekt gratis. Originalpaket M. 2.50, 3 Pakete M. 7.50 versendet kostenfrei. Generaldepot: Helianten-Apotheke, Berlin SW 19, Leipziger Str. 74, am Dönhofsplatz.

Musikanträge

Übernimmt man nur dem Nachweis das Deutsch. Musikerverbandes, Berlin O 27, Unter den Eichen 21 (Abn. Nr. 4310, 4048). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

WENEST!

DUKAT

ZIGARETTE

dicker, milder, besser als jede andere

rund, ohne Mundstück

Sfs

Der Mann mit dem Messer.

Von Max Baribel.

Vor dem Pantheon in Paris, in dem die Franzosen ihre berühmten Toten begraben, stand ein Mann. Die Kleider hingen in Fetzen um seinen Leib. Aus dem braunen Gesicht blühten entschlossene Augen. Lange stand der Fremde, der ungefähr dreißig Jahre alt war, vor jener Halle des Ruhms und bewegte launlos die Lippen. Er hieß Emilio Sabarandelli und war italienischer Flüchtling. Ueber ein Jahr hatte er in römischen Gefängnissen gefessen. Mit Hilfe guter Freunde gelang die Flucht. Endlich war er nach Paris gekommen.

„Verrückte Welt!“ dachte er, als er nun vor dem Pantheon stand, „verrückte Welt! Für die Toten werden Paläste gebaut und die Lebendigen müssen hungern. Unsinn, immer wieder der verdammte Unsinn! Der Lebendige hat recht und nicht der Tote. Ich pfeife auf alle Unsterblichkeit, wenn ich satt bin. Darum geht es ja zuerst, um das tägliche Brot. Alles andere kommt später. Das tägliche Brot: das ist ja der noch größere Ruhm als die Unsterblichkeit und schon in der Bergpredigt verkündigt. So ist es.“

Ueber eine Woche war Sabarandelli schon in Paris. In der ersten Nacht hatte er eine Rahe gefangen und am schwachen Feuer unter einer Seinerbrücke gebraten. Unter dieser Brücke entsann er sich auch der vielen Vagabunden, die früher, als er noch Kind war, die Bergstadt seiner Heimat besucht hatten. „Selber Vagabund,“ sagte er dann laut und starrte in das schwarze, ziehende Wasser des Flusses. An den anderen Tagen lebte er von den Mitleidsgrößen einiger Landseute und von den Köpfen der Markthalle. Aber das war ja kein Leben. Die Füße waren wie verbrannt, und den Kopf füllte jenes blinde Sausen, das einmal stark und dann wieder sterbensmüde machte.

Die Sonne stand hoch am Himmel, und über die breiten Boulevards rasten endlose Kolonnen glänzender Autos. Lässige Spaziergänger trieben vorbei. Der Fremde vor dem Pantheon wurde kaum beachtet. Auch in der großen Stadt Paris gab es viele hungrige und zerlumpte Leute.

„Der Hund hat Zähne, der Löwe hat Taten,“ dachte der Flüchtling weiter, „aber ich, Sabarandelli, ich habe ein spitzes Messer!“ Und als ob ihm die Berührung mit jenem Messer, das er unter seinen Lumpen trug, neue Kraft geben könne, prüfte er jetzt seine Schneide und lächelte lässig. Er war noch lange nicht verloren.

„Der Hund frisst mit dem Maul, der Löwe schlägt mit den Taten die Beute nieder, wir leben in einer Roublierwelt. Ja, ja, und ich werde mir mit dem Messer mein Futter holen müssen,“ spielten seine Gedanken.

Da wurde sein Gesicht ganz hell. Er sah das Pantheon, schnitt den ruhmvollen Toten eine Grimasse und wandte sich entschlossen einem der vielen Restaurants zu, die den Platz umsäumten, und in denen die Bürger der Stadt Paris an den kleinen Tischen saßen und das Mittagmahl einnahmen.

Nun war es, als sei eine schwarze Wolke vor das Licht getreten, als der zerlumpte Mensch in das Restaurant kam und sich mit sicheren Schritten nach dem Hintergrund des Saales bewegte. Dort sah neben vielen anderen Gästen die Bürgerin Germaine Briffon mit ihrem Mann an einem kleinen, runden Marmortisch beim Diner. Sabarandelli griff mit seiner Hand zu, nahm das eben aufgetragene Fleisch von der Platte und begann gierig zu essen. Seine linke Hand hielt das große spitze Messer.

Der Mann der Germaine Briffon hieß Pierre Briffon und hatte sich zuerst gemeldet. Er war Hauptmann im sechsten Linienregiment gewesen, hatte bei Verdun und an der Somme mitgekämpft und kannte keine Furcht. Nun griff er — es war derselbe blühende Griff, mit dem Sabarandelli das Fleisch gepackt hatte — den Mann mit dem Messer an die Kehle.

Nun hätte der ehemalige Hauptmann wissen müssen, trotzdem er für Tiere keine Liebe aufbringen konnte, daß man selbst den demütigsten Hund beim Fressen nicht stören darf, es sei denn, man wolle einen Biß in die Hand riskieren. Wie kann und soll sich nun ein halbverhungertes Tier anders und besser wehren können als mit dem Messer, das er in der freien Hand hielt? Sabarandelli konnte sich nach seinem Ueberfall unmöglich vorstellen. In der letzten Zeit sprach er überhaupt sehr wenig, und dann war er ja auch des Französischen nicht mächtig. Also: Sabarandelli stellte sich nicht vor, höchstens als der Mann mit dem Messer. Er stach nach der Hand, die seine Kehle umklammerte.

Pierre Briffon schrie gellend auf, als das Blut aus seiner Wunde spritzte. Germaine Briffon schrie ebenfalls, und da konnten und durften die anderen Gäste, die in ihrem Wohl gestört wurden, unmöglich still bleiben. Jetzt erst war ihnen der flüchtige Schatten, der an ihren Tischen vorbeigehuscht war, lebendig geworden, lebendig und tödlich zugleich. Eine schwarze Welle des Schreckens brauste durch den früher so fröhlichen Raum. Auf ihrer weißen Kuppe stand das Entsetzen. Die Panik begann. Die Herren sprangen mit ihren Damen von den Stühlen. Wein wurde verschüttet. Gläser zerbrachen. Blumen stürzten hin, als habe sie der Sturmwind geknickt, und alles drängte sich schreiend nach dem Ausgang. Wie geschwinde Hunde eilten die Kellner von einem Tisch zum anderen, der Wirt kam vom Buffet her und wälzte sich schwerfällig durch das aufgewühlte Meer der Angst und ging auf den zerlumpten Menschen zu, der stumm an dem verlassenen Tische stand, das geraubte Fleisch hinterherwarf und nur sein Messer reden und blitzen ließ.

Als er genug gegessen hatte, sah er mit großen Augen um sich, trank aus der umstochenen Flasche hastig einige Schlucke roten Weines, wischte sich mit der rechten, freien Hand den Mund ab, nahm einen Fetzen weißes Brot und bahnete sich dann, das Messer in der Linken, den Weg ins Freie. Da stellte sich ihm der Wirt entgegen. Als er den Flüchtling mit einer bärenhaften Umarmung einfangen wollte, bekam er einen Stich in die Hand. Da schrie er auf, wie früher der Pierre Briffon aufgeschrien hatte. Der Weg war frei. Aber nun tauchten plötzlich in der Tür, die auf die Straße führte, die Köpfe dreier Polizisten auf. Der Mann mit dem Messer wich zurück und verbarrikadierte sich hinter dem Buffet.

Wenn man mit einem Hunde redet, der eben vom Fraß kommt, kann man sehr oft ein widerwilliges Anrühren hören. Wer sich aber einem Löwen in den Weg stellt, um dessen Maul noch das rote Blut triefen, dem ist ein Tatenhieb quer über die Brust so gut wie sicher. Wer will nun jagen, daß ein hungernder Mensch, den man vom vollen Tische vertrieben hat, anders und besser ist als ein Löwe oder ein Hund? Nein, Sabarandelli war nicht anders und nicht besser. Und nun postierte noch die Polizei heran, verjagte ihn vom Buffet und schlug jetzt an die Tür, hinter die er geflüchtet war. Diese Tür war bald eingeschlagen, und wieder bekam Sabarandelli traurige Augen, als er sein Messer in die ausgestreckten Hände der Polizisten langen lassen mußte.

Die Deutschnationalen.



Als Poffenpuppen stehn wir hier,
Der Graf hat es befohlen!
Für jeden Zirkus eine Zier,

Der Graf hat es befohlen!
Es pfeift! Es flatscht das faule Ei,
Doch fühl'n wir uns sehr wohl dabei!

Der Graf hat es befohlen!

Das Fleisch, das er vom Tisch der Germaine Briffon genommen hatte, war vom Schenkel eines jungen Kalbes gewesen, das einmal silberfroh über grüne Weiden gehüpft und von der Freude am Dasein erfüllt war. Auch der hungernde, geheute Mensch war einmal kinderfroh über die Berge und durch weiße Narzissenfelder gesprungen und hatte niemals daran gedacht, auch damals nicht, als er im römischen Gefängnis saß, daß er an einem Bissen Fleisch sterben sollte. Als aber die Polizisten die blutenden Hände zurückgezogen und mit jähem Griff nach den Pistolen fahnten — Sabarandelli sah trotz der Dunkelheit diesen Tatenhieb —, da sprang er auf und ließ um sein Leben.

Sein Herz raste. Die Flucht war das Leben. Der Stillstand hieß Tod. Er lief den schmalen Korridor entlang. Als er die helle, dampferfüllte Küche erreichte und auf den offenen Feuer die vielen Braten bruzzeln sah und mit weiten Rüstern den Rauch der Schlachtopfer einsog und die Türe zum Garten und zum Leben weit offen sah: im gleichen Augenblick feuerte die Polizei. Und ein Schuß traf den Mann, der in der aufregenden Viertelstunde kein einziges Wort gesprochen hatte, mitten in den Kopf.

Sabarandelli hatte keine Geheimnisse mehr zu wahren. Jetzt konnte er reden, jetzt durfte er schreien. Und als er auf den kühlen Kachelboden der Küche hinstürzte und das Blut bitter im Mund aufquellen sah, da nahm er die letzte Kraft zusammen, brüllte: „Maledetto!“ und verstumte für immer.

Was aber „vermaledeit“ sein sollte, das Pantheon, die Germaine Briffon, die Polizei, Italien, Paris oder die ganze Welt, das konnte jeder der nachgeeilten kleinen Bürger für sich selbst entziffern.

Sabarandelli, der Mann mit dem Messer, war tot.

Wie man Affen fängt.

Wilhelm Busch hat uns in seiner unnachahmlichen Weise erzählt, wie man nach vollständiger Anschauung Affen fängt; der Held seiner Geschichte verläßt sich auf den sprichwörtlichen Nachahmungstrieb dieser Tiere, stellt ein Paar mit Wein bestrichene Stiefel unter einen von Affen besiedelten Baum, nachdem er sich selbst vorher seine Stiefel an- und ausgezogen hat, und als der fluge vom Baum kletternde Affe diese Tätigkeit zu wiederholen versucht, bleibt er in den Stiefeln kleben und wird nun ohne Mühe gefangen. Tatsächlich aber sieht der moderne Affenfänger ganz anders aus, wie Ludwig Zukowski in der neuen Zeitschrift „Karl Hagenbeck's Tier- und Menschenwelt“ anschaulich erzählt. Die Eingeborenen veranstalten Treibjagden, bei denen die jüngeren und weniger schnellen Affen sowie die tragenden Mütter zurückbleiben; aber eine solche Hejragd ist für den Europäer zu anstrengend und dann bekommt er auch dadurch nur schwache Tiere, die leicht am Lungenschloß sterben, während es ihm gerade auf die großen und wehrhaften Männchen ankommt. Man geht also den Affen lieber mit List und Tücke zu Leibe, wenn auch nicht in der Busch'schen Manier.

Für den Fang der riesigen zahnbewehrten Raupspaviane aus

Rordostafrika werden zunächst die Herden, ihre genauen Wechsel- und Tränkeplätze ausgekundschafft. Sodann wird in der Nähe einer quieszenten Wasserstelle eine Affenfalle gebaut, die aus kleinen kreisförmig aufgestellten, mit Zweigen und Draht eng verbundenen Baumstämmen besteht. An einer Stelle bleibt eine Öffnung, in der sich eine mit Laub und Gesträuch geschickt verklebete Falltür befindet; diese wird mit einem langen, im Sand oder Gras verborgenen Lau offengehalten; in der Hütte aber werden die besten Affenlederbüchsen in Gestalt von Bananen, Datteln usw. aufgespeichert. Dieses Bauwerk bleibt in den nächsten Tagen unberührt, bis sich schließlich eine größere Pavianherde für die so leicht erreichbaren Speisen zu interessieren beginnt. Allmählich machen es sich die Paviane in der offenen Halle bequem. Da hocken alle Väter und Löwen vor sich hin, Mütter wiegen ihre Babies in den Schlaf, die halbwüchsigen, die sich herumbalgen und Anflug anstiffen, werden durchaus nicht mit „Affenliebe“, sondern sehr streng behandelt; der Bascha oder Herr der Herde läßt sich von einigen bevorzugten Haremddamen die Haarschuppen und Ungeziefere ablesen; überall brummt, grunzt, freischt und schnattert es, bis endlich der Fänger das Jodel mit seinem hinterlistigen Apparat hört. Wenn sich eine Herde von 10 oder 20 Pavianen in der Hütte befindet, saust plötzlich blitzschnell die Falltür auf den Erdboden nieder und die Tiere sind gefangen. Nach verweifeltem Ausbruchversuchen fügen sie sich allmählich in ihr Schicksal. Am nächsten Morgen stehen die Eingeborenen mit den Transportlisten vor der Affenvilla. Die Türe der Kiste wird gezogen, gegen die geöffnete Falltür gestellt und ein Pavian nach dem anderen hineingetrieben, bis alle Insassen der Halle in den Kisten untergebracht sind. Der Transport erfolgt dann mit einem Karrenwagen oder auf Dromedaren in das Sammelager des Fängers, in dem die Affen von ihren bereits längere Zeit gefangenen Kameraden mit wildem Geschrei und Beglückung begrüßt werden.

Eine andere Art des Fanges geschieht mit Hilfe eines engen Riesenkorbes von 2 bis 3 Meter Durchmesser, der auf einer Seite an einem in die Erde getriebenen Pfahl verankert, auf der anderen Seite hochgeklappt wird. Kriechen die grünen, roten und gelben Hundsaften in diesen Korb hinein, dann wird er plötzlich zugeklappt und das Tier ist gefangen. Auch durch Tellereisen, deren Bügel mit Tuch bekleidet sind, um die Tiere nicht zu verletzen, werden Affen eingefangen, und in vielen Gegenden Indiens und Afrikas debient man sich einer langen mit zwei Öffnungen versehenen Holzröhre, in deren Mitte der Köder liegt. Beim Betreten dieser Röhrenöffnung löst sich durch das eigene Gewicht des Tieres ein Verschluß, der im Nu beide Eingänge durch Holzklappen abriegelt.

Aus der Geschichte des Gummis. Sir Henry Wicham, der Vater des Plantagengummis, erzählte dieser Tage in der Londoner Presse die Geschichte der Entdeckung der malanischen Gummipflanzungen. Er ist der Mann, der vor 50 Jahren die ersten Gummibaumlamen aus den Wäldern des Amazonasstroms nach den malanischen Staaten brachte. Er mußte etwa 70 000 Samen, die er mit Hilfe von Eingeborenen gesammelt hatte, auf Schmuggelmengen an Bord bringen, da die Ausfuhr streng verboten war. Von diesem Schmuggeltransport stammt die ganze heutige Gummindustrie auf den Südostindischen Inseln mit einem Kapital von etwa 100 Millionen Pfund Sterling.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 1. Kreis Prenzlauer Berg. Große öffentliche Kundgebung der Sozialistischen Arbeiterjugend, Bezirksrat Prenzlauer Berg, am Sonntag, 13. November, 8 Uhr, Schulhaus Prenzlauer Berg, 10. ...

heute, Freitag, den 12. November: 24. Wkt. 8 Uhr Elternversammlung in der Kula Rathenower Str. 11-12. ...

Morgen, Sonnabend, den 14. November: 24. Wkt. Die Genossinnen und Genossen besuchen morgen die Werbeveranstaltung des Reichsbanners, Komradstraße 10, im Hermannshaus, Anfang 7 1/2 Uhr.

Arbeitersport.

Kristenwettkampf des Arbeiterathletenbundes. Der Arbeiterathletenbund veranstaltet am Sonntag, den 14. November, in der Neuen Welt, Hofenheide, einen Kristenwettkampf. ...

Fußballspiele am 14. November.

Beitrag Kadenz Pantow 06 empfangt in Pantow, Regimientstraße, 11/12. Beide Mannschaften müssen voll aus sich herausgehen, um zu gewinnen. ...

Gruppe A mit einem Punkt vor Köpenick 1, während Steglitz 2 Punkte hinter Treptow folgt. Beide Mannschaften werden in kürzester Aufstellung angetreten. ...

Turnspiele am 14. November.

Namens der Groß-Berlin-Wedding zu Oelde und finden dort folgende Spiele statt. Die Schülermannschaften 1/2 Uhr, die 1. Jugendmannschaften 1 1/2 Uhr und die 1. Männermannschaften 1 1/2 Uhr. ...

Hockey am 14. November.

In der Gruppe A spielen die 1. Turnvereine Pantow 1 1/2-2 (Kreis Turnerschaft Groß-Berlin) und Wilmersdorfer 1-1 (Kreis Turnerschaft Groß-Berlin) 1-2-3/2 (Turnverein Pantow) auf dem Volkssportplatz Köpenick.

Schöholz 1-Kreis Turnerschaft Charlottenburg infolge Mangels an Schiedsrichtern ab 3 Uhr (Schmargendorf). In den übrigen Gruppen spielen in der Köpenicker Allee: Klasse 1 II-Nachk. 1 III 9-10/4 (WSP); ...

Turnverein 'Ritter-Kegel' (Ritzsch, d. L.-L. u. Sp.-V.) beabsichtigt am Sonntag, 13. November, eine Frauenabteilung (über 15 Jahre) zu gründen. ...

Wilmersdorfer Sport-Club, e. V. am Sonntag, 13. November, 8 Uhr, Gründungsfeier des Hauptvereins im Viktoriagarten (Ritzsch), Am Treptower Park 25-26.

Wegen im Sportklub Wilmersdorfer (Wilm. d. WSP). Um einem seit langem bestehenden Mangel an Ausbildung der Mitglieder im Vermählungsgebiet ...

Wilmersdorfer Radfahrer-Club 'Sollertid'. Touren für Sonntag, 14. November. 1. Wkt. 1 Uhr Prenzlauer Berg (Japan). 2. Wkt. 1 Uhr Köpenick (Wilmersdorfer). ...

Spezielle Besichtigung Köpenicker Friedhofsteile 64, e. V. Am Freitag, 12. November, 8 Uhr, treffen in der Turnhalle Köpenick, Bücker-Deimstraße, ...

Wilmersdorfer Kreis Turnerschaft Groß-Berlin, am Sonntag, 13. November, 8 Uhr, in Wilmersdorf, Wilmersdorfer Turnverein, ...

Advertisement for 'Prisner' shoes. Features large text: 'Ihr grösster Wunsch zum Abendkleid den passenden Schuh tragen zu können, ist leicht erfüllbar'. Includes images of various shoe styles and prices like '12 50 16 50 18 50' and '3 90'. Brand name 'Prisner' is prominently displayed at the bottom.

